

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat,
1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Mitglieds- und Versammlungs-Anzeigen kosten die sieben geplatzten Kolonialzeile oder deren Raum 25 Pf., im redaktionellen Teil 1 Mk. Geschäftsanzeigen werden nach Erledigung der laufenden Anzeigen nicht mehr aufgenommen.

Telegraphen-Nr. 98. Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe. Telegramm-Adresse: **mitverband Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Berantwortlich für die Redaktion: Franz Pokorny, Bochum.
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhäuserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Massendank.

Der Dank der Masse ist ein schlechter Dank,
Und hat sie erst dich auf den Schild erhoben,
So wird sie bald auch wieder dich umtoben,
Der Dank der Masse ist ein schlechter Dank.—
Doch soll dies nimmer Hemmschuh für dich sein;
Und nicht erlahmen darf darum dein Streben;
Aufklärend deine Stimme zu erheben —
Ist doch der Undank Unverständ allein! — B. R.

Sinfante: Volksbetrüger.

(Weitere Lehrreiche Ausgrabungen.)

Als es noch hoch Stimmen für die Zentrumspartei bei den letzten Hauptwahlen zum Reichstag einzulangen, da lasen wir in der "Zembla" (Dortmunder Zentrumspartei) vom 28. Dezember 1908 folgendes:

"Das böse Zentrum hat bekanntlich in die Gesetzesgebung den Grundsatz eingeführt, daß die schwächeren Schichten nicht weiter belastet werden sollen. Auch dieses Stück der Zentrumspartei macht die Regierung gern bestätigen. Wie lästlich ist eine Mehrheit, die auf Bier und Tabak mehr als hundert Millionen bewilligt! In diesen fünf Jahren lassen sich die schärfsten Steuergesetze machen. Wir aber rufen den Wählern zu: Überlegt euch die Sache vor der Wahl, denn wenn ihr einmal euch habt verleiten lassen, eine gouvernementale Mehrheit zu wählen, so nicht euch nacher die Neue und das Klagen nichts mehr. Auf fünf Jahre gestiftet!"

Am 4. Juli 1909 hingegen schrieb das Blatt:

"Alles in allem genommen, können wir wohl behaupten, daß die neuen Steuern der Reichstagsmehrheit in keiner Weise geeignet sind, größere Unzufriedenheit zu erwecken, als die ursprüngliche Regierungsvorlage. Wenn dem so ist, so ist die Erwartung berechtigt, daß das deutsche Volk das Opfer dieser neuen Steuern nicht auf sich nehmen wird. Wer davon überzeugt ist, daß das Reich aufwendig die Steuereinnahmen haben muss, der wird sich auf sagen, daß ein jeder (nur die Bevölkerung hat das Recht dazu genommen!) die Red. von dieser Belastung mit betroffen werden muss. Zu dem patriotischen Stun' unseres Volkes haben wir das zu trauen, daß es gern bereit ist, das Opfer der Steuerbelastung auf sich zu nehmen. Wenn die liberale Presse dagegen die Unzufriedenheit zu schützen sucht, so handelt sie dabei alles andere als 'patriotisch' und 'national'."

Schwund vor der Wahl, Schwund nach der Reform der Reichsfinanzen. Wie die Zentrumswähler gern bereit sind, die Opfer der Steuerbelastung auf sich zu nehmen, kann das Organ jetzt täglich in seinen eigenen Reihen erfahren. Trotzdem wird weiter geschwindelt!

In der "Essener Volkszeitung" vom 15. September 1909 finden wir eine Rede, die der Redakteur Imbusch vom "Vergknappen" in der Diskussion in einer Volksversammlung in Vorbeck gehalten hat und die wir möglichst nach dem vorliegenden Bericht wiedergeben. Imbusch sagte:

"Die Zentrumspartei hat so gehandelt, wie sie handeln müsste. Sie magte praktisch mitarbeiten. Und bei dieser Mitarbeit mußte sie einer Finanzreform zustimmen, für die eine Mehrheit zu haben und die zu stützen der Regierung zu erlangen war. Die Zentrumspartei ist nicht allzuträumig im Reichstage, wie die Genossen vielfach sagen. Die Zentrumspartei ist eine Widerstandspartei, die sich mit anderen zusammenschließen will, wenn sie etwas erreichen will. Das hierbei auf die anderen Parteien Rücksicht zu nehmen hat, ist selbstverständlich. Das Zentrum hat richtig gehandelt. Die Genossen haben uns bis jetzt nicht angegeben, wie man es anders und besser hätte machen können. Es blieb beim Schimpfen. Ich bin in der Ansicht, daß Herr Abg. Giesberts in seiner Weise mitgearbeitet hat, wie er es nur eben konnte. Zu dieser Ansicht bin ich nicht etwa durch 'Einsicht' seitens unserer Parteioberey gelangt. Ich hatte nach Beendigung der Reichsfinanzreform Gelegenheit, mit einigen Abgeordneten, die anders handelten, wie Herr Giesberts, mich zu unterhalten, und da wollte mit einer klar machen, daß Herr Giesberts nicht richtig vorgegangen sei; aber gerade durch seine Beweisführung brachte er mir die Überzeugung bei, daß Herr Giesberts richtig gehandelt hat und nicht anders handeln konnte. Durch die Haltung des Zentrums ist der breiten Massen eine große Belastung erstanden; hätte der Block die Steuern genommen, wäre das Volk viel stärker mit indirekten Steuern belastet worden. Im Abgeordnetenhaus hat das Zentrum durch Erweiterung des Kinderprivilegs eine bedeutende Besserstellung der unteren Klassen erzielt. Herr Abg. Giesberts ist bei der letzten Vergeschnauelle sehr geschickt und entschieden für die Interessen der Bergarbeiter eingetreten. Mein Bruder, der da mitgearbeitet hat, hat gesagt: 'Hätten wir nicht Giesberts mit seinem großen Einfluß sowohl bei uns, als auch in anderen Parteien gehabt, so hätten wir nicht das erreicht, was wir erreicht haben.' Aus diesem Grunde haben wir allen Unzufriedenen Abgeordneten die Treue zu bewahren. Wir wollen nach wie vor energisch für die Zentrumspartei und insbesondere für die Wiederwahl des Herrn Giesberts eintreten. Bei der nächsten Wahl soll es wiederum heißen: Giesberts hoch und Gewehr ab! (Stürmische Zustimmung.)"

Das Zentrum hat richtig gehandelt und Giesberts hat auch richtig gehandelt. So sagt Imbusch. Sehen wir zu, wie Giesberts gehandelt hat bei der Reichsfinanzreform.

Giesberts stimmte gegen die Erbschaftssteuer, die die Regierung verlangt hatte und die die reichen Erben treffen sollte! Er stimmte für die Braunkohlensteuer, die Tabaksteuer, die Biersteuer, für das Reichstempelgesetz, für den Zoll, enthielt sich der Stimme bei dem Kaffeezoll. Giesberts stimmte weiter für die Streichholzsteuer, für Weidehaltung von 35 Mill. Mark Zuckersteuer, die die Regierung beseitigen wollte, er stimmte gegen die Abschaffung der Biersteuer und schließlich stimmte er für das ganze Finanzgesetz. Giesberts half auch mit, den Antrag der Sozialdemokraten und seinen eigenen ersten Antrag, der wenigstens in etwa

eine ausreichende Unterstützung für die durch die Tabaksteuer arbeitslos werdenden Tabakarbeiter vorsah, niedertrampeln! Giesberts stimmte also für alle Steuern, die die Arbeiterschaft hart treffen und die sein Freund Schiffer selbst als grausame Steuern bezeichnete, weil sie nicht nur die ärmsten Arbeiter stark belastet, sondern auch viele Tausende von Arbeitern brotlos machen, auch solche, die eine Entschädigung nicht erhalten werden.

Nun Herr Imbusch, der "Vergknappen"-Redakteur, stimmt Giesberts begeistert zu, hält dessen Haltung für richtig. Wie kann also der "Vergknappen" sich gegen die Volksausplünderei wehren, gegen die enorme Ausplünderei des arbeitenden Volkes, wenn sein Redakteur mit der Volksausplünderei und der Volksausplünderei einverstanden ist? Herr Imbusch hat sich als das offenbart, was er ist, als ein Verräter an der Arbeiterschaft, insbesondere der Bergarbeiter. Wenn Herr Imbusch im "Vergknappen" trotzdem der Aufbesserung der Lage der Bergarbeiter das Wort spricht, so ist das pure Scheinelei. Wer die Lebensmittel in so skrupelloser Weise verkaufen hilft, unter Schonung der bestehenden Klasse, der hat das Recht verweilt für die Hebung der Bergarbeiterlage einzutreten! Die Bergleute werden ja von den Grubenbesitzern ausgelöscht, wenn sie Forderungen auf Lohnzuänderungen stellen, und diese von Imbusch und vom "Vergknappen" bezw. vom christlichen Gewerbeverein begründen lassen. Für die christlichen Bergarbeiter gibt es nur einen Weg und der ist, von den Imbuschs und Genossen weit abzurücken.

Zum Wallfahrtsort Attendorn im Sauerland, bekannt durch die Altahöhle, hatte die Zentrumspartei in vergangener Woche eine öffentliche Volksversammlung einberufen, zu der der sozialdemokratische Parteisekretär König-Dortmund und Pokorny-Bochum erschienen waren. Als Redner der Zentrumspartei traten Regierungsrat Kloke und Arbeitersekretär Becker-Wensberg auf. Die Attendorner Arbeiterschaft war derartig stark in dieser Versammlung vertreten, daß sie sich Diskussionsfreiheit erzwang. König antwortete Becker in 1½-stündiger Rede unter großem Beifall in der Frage der Finanzreform. Interessant aus dieser Versammlung ist folgendes. Pokorny, der nach König sprach, rief u. a. auf die Stellung der katholischen Geistlichen Müntzer und Dr. Feuerstein zu der Haltung der Zentrumspartei in der Frage der Finanzreform hin. Ein in der Attendorner Versammlung anwesender Geistlicher rief: „Das sind weiße Raben!“

„Janwohl“, fuhr Pokorny fort, „das sind leider nur weiße Raben. Ich wills aber, die übrigen Tausende Geistliche würden sich an diesen beiden „weißen Raben“ ein Beispiel genommen haben. Das hätte ihre Ansichten in der Arbeiterbewegung sehr gestärkt und wäre der Kirche sehr dienlich gewesen. Es wäre auch weniger möglich, daß ein Sekretär — nach Becker hinzugebend — der einer Arbeiterfamilie entstammt, seinen ehemaligen Klassengenossen das Brot vom Mund wegzieht, ihnen die Lebenshaltung verteuert!“ Während die anwesenden Zentrumspartei-Mitglieder lange Gesichter zogen, spendeten die Arbeiter, die in ihrer Mehrheit in Attendorn sehr religiös veranlagt sind, stürmischen Beifall.

Es ist genug!

Bergabwärts geht es mit den Löhnen der preußischen Bergarbeiter. Wenn in den letzten Monaten in einigen kleinen Bezirken der Lohn einen kleinen Aufschwung erfuhr, wie das ebenfalls in jedem Sommer zu bemerken ist, so ist das Gesamtbild ein recht trostloses. — Wir können ruhig behaupten: Mit den Löhnen der preußischen Bergarbeiter — und mit denen der außerpreußischen steht es nicht besser — ist es soweit gekommen, daß von einer vernünftigen Ernährung der Familie keine Rede mehr sein kann. Wir sind an der Grenze angelangt, wo die Unterernährung anfängt, sich in den Bergarbeiterfamilien breit zu machen!!

Wenn man vor mehreren Jahren, vor 5, 6, 7, 8 Jahren oder weiter zurück die Löhne von heute verdient hätte, möchte noch angehen. Zu jünger Zeit muß man mit ihnen entbehren, buchstäblich hungern.

Sinkende Löhne — neue Steuern, steigende Lebensmittelpreise! Gibt es einen schlimmeren Kontrast? Und doch, wir müssen uns mit ihm abfinden, müssen sogar das Unkenntnis ablegen, daß christlich organisierte Arbeiter und Arbeiterführer mithelfen, diesen Kontrast zu erweitern, zum Schaden der hungrigen und entbehrenden Arbeiterklasse! Dass uns Klassengenossen auf diesen Punkt mitverhelfen, dessen haben wir uns bis auf den Grund unseres Herzens zu schämen. Es ist eine schlimme Frucht christlich-nationaler Erziehung, wenn einstige Arbeiter, jetzt Parlamentsmitglieder, ihren ehemaligen, zur Entbehrung verbrachten Standesgenossen den Bissen Brot aus dem Munde herausschlagen! Und schlimm ist es, wie wir an anderer Stelle nachweisen, wenn christliche Bergarbeiterführer trotz der Not und des Elends, die sich in Bergarbeiterkreisen in verstärktem Maße breit machen, diese Arbeiterbedrückung und Ausplünderei durch Arbeiterschaften im Reichstag aufheissen. Und dahin sind wir geraten!

Die trübe Lage in den Bergrevieren zeigen die Ziffern über die sinkenden Löhne. Und nicht zu vergessen auch die Verminderung der Belegschaften in den einzelnen Bergrevieren, die sich im Laufe dieses Sommers bemerkbar macht, besonders stark im Ruhrgebiet, wo die Belegschaftsziffern vom ersten bis zum zweiten Quartal 1909 sich um rund 10.000 Köpfe verringerte, und um weit über 8000 Köpfe auch in Oberschlesien. Zu dem Hungergespenst tritt also noch das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Wahnsinnig, wie durchleben in unserem deutschen Baterlande „herrliche“ Zeiten!

Wollen wir uns ein ungefähres Bild machen von den sejigen Lebensverhältnissen der Bergarbeiter in den preußischen Bergrevieren, dann wird es gut sein, zum Vergleich die Lohnziffern aus dem vierten Quartal 1907 heranzuziehen. In diesem Quartal war bereits die wirtschaftliche Krise ihrer Schatten auch auf den Bergbau. Bis dahin

hatten wir die Zeit der Hochkonjunktur; die Löhne zeigten bis dahin meist noch eine steigende Tendenz, um dann abzufallen. Sehen wir zunächst im Ruhrbecken um. Hier betrugen die Löhne im Durchschnitt für eigentliche (untererzbachisch) für alle Bergarbeiter beschäftigte Bergarbeiter

	Mt.	Mt.
4. Quartal 1907	4,90	6,14
1. " 1908	4,87	5,94
2. " 1908	4,82	5,85
3. " 1908	4,82	5,80
4. " 1908	4,70	5,77
1. " 1909	4,56	5,42
2. " 1909	4,45	5,28

Dann sank der Lohn der Gesamtbelegschaft im Ruhrbecken vom vierten Quartal 1907 bis zum zweiten Quartal 1909 um 55 Pf., der Lohn der eigentlichen Bergarbeiter (die mit der Rohlagerförderung zu tun haben, also Hauer und Lehrhauer bzw. Gedingschlepper) um 86 Pf.! Innerhalb Jahresfrist sank der Durchschnittslohn aller Bergarbeiter in den einzelnen Bezirken des Ruhrbeckens um 21 bis 68 Pf., die erste Verhinderung trat ein im Bezirk Oberhausen, die letztere im Bezirk Ostwestfalen. Stark fiel der Lohn auch im Bezirk Herne (um 51 Pf.), in den Bezirken Hattingen, Gelsenkirchen und Dortmund III um 44 Pf., im Bezirk Essen um 48 Pf. usw.

Wer im Ruhrbecken als Familienvater heute unter 5 Mt. verdient, bei dem ist trotz aller Sparfaustigkeit Schmalhans Küchenmeister! Selbst Unternehmerorgane geben das, wie wir schon nachgewiesen haben, zu. Sogar diejenigen, die als sogenannte christliche Arbeiterführer von Ort zu Ort reisen und die "Glückseligkeit der neuen Steuern" preisen — von einer Vereitelung der neuen Steuern hört man ja nichts — können nicht unhin, anzugeben, daß die Lage der Bergarbeiter eine recht traurige ist. Beabsichtigt doch der "Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter" beim nächsten Bergtag im preußischen Abgeordnetenhaus zu zeigen, wie der Saarstaat seine Bergleute nicht bezahlen soll. Es ist das dasselbe Gewerbeverein, der es als unverhüllt bezeichnet, wenn außerhalb des christlichen Gewerbevereins stehende Bergleute sich gegen die Verhinderung der Lebensmittel durch christliche Arbeiterföderationen wenden! Werden ihnen den Sacbergleuten einen außändigen Lohn, glauben aber nicht mehr an die Rechtmäßigkeit ihrer christlichen Führer in der Lohnfrage.

Im Saarrevier selbst sind die Durchschnittslöhne aller Bergleute seit dem vierten Quartal 1907 bis zum zweiten Quartal 1909 von 4,07 auf 3,04 Mark (also um 13 Pf.) gesunken, die Löhne der eigentlichen Bergarbeiter jedoch um 17 Pf. Man muss dem Fiskus zugestehen, daß er mit Lohnreduktionen nicht in so schroffer Weise vorgegangen ist, als er die Ruhrgrubenbesitzer. Diese nutzen die Krisenzeit gründlich aus, wissen sie doch die Besplittung der Bergarbeiter einzuschätzen. Und sie wissen auch, daß der "Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter" sich des Gedankens entzogen hat, im Verein mit den anderen Bergarbeiterorganisationen sich der fortgesetzten Lohnreduktionen zu entziehen. Wir müssen schon sagen: Die Bergarbeiter bezahlen mit großen Opfern das Vorhandensein christlich-nationaler Organisationen im Ruhrbecken. Nichts, gar nichts können deren Führer sagen, wenn man ihnen ins Gesicht schländert, daß sie ein wohlgerüstet Mägl. Schuld daran tragen, daß es den Ruhrbergleuten heute so elend geht. Hoffentlich sehen bald auch die christlich-nationalen Arbeiter ein, wohin sie von ihren Führern gelockt worden sind.

Nicht besser, eher noch schlimmer wie den Bergarbeiter im Ruhrbecken, ergibt es den Bergarbeitern im Siegener Erzrevier. Hier stehen die Durchschnittslöhne der gesamten Bergarbeiter um 80 Pf. niedriger als im vierten Quartal 1907, die Löhne der eigentlichen Bergarbeiter gar um 1,02 Mt.! Sie betragen jetzt 8,95 Mt. In den übrigen Revieren zeigt sich das Sinken der Löhne wie folgt:

Revier	4. Quartal 1907	2. Quartal 1908	Lohn um
Steinkohlenbergbau:	Mt.	Mt.	Pf.
Oberschlesien	3,55	3,45	10
Niederschlesien	3,99	3,21	18
Wachsen	4,69	4,44	25
Braunkohlenbergbau:			
Oberbergamtbezirk Halle	3,70	3,55	15
linksrheinischer	3,90	3,05	4
Salzbergbau:			
Oberbergamtbezirk Halle	3,08	3,01	7
Clausthal	4,11	3,97	14
Erzbergbau:			
Mansfeld	3,52	3,38	14
Raifer-Berglar	3,51	3,06	45
sonstiger rechtsrheinischer	3,67	3,80	37

Im Oberharz (Erzbergbau) stieg der Lohn um 5 Pf., und zwar auf 2,97 Mt.! Im linksrheinischen Erzrevier betrug der Lohn im letzten Quartal 2,05 Mt., dieselbe Höhe wie im vierten Quartal 1907. Man hat sich wohl geschämt, hier noch Lohnreduktionen vorzunehmen?

Alles in allem, die Lohnziffern zeigen, wie erbärmlich die Einkommen preußischer Bergarbeiter sind. Durchbar lastet die wirtschaftliche Krise auf ihnen. Und auf diese Bergarbeiter und noch elender bezahlte Berufe wird man hauptsächlich die neuen Steuerlasten, während diejenigen, die im Nebenamt leben, sich drücken. Wie ein solches Verfahren von den späteren Geschichtsschreibern beurteilt werden wird, ist leicht zu erraten. Für uns, die wir diese ungerechte Zeit durchleben, die wir mit Zorn und Scham zugleich die Volksausplünderei und die Lohnreduktionen empfinden, für uns wird und muß Zeitsatz werden: **Es ist genug!** Geht die Lebenshaltung der Bergarbeiter noch weiter zurück, dann ist vorzusehen, daß die Geduld der Bergarbeiter ein Ende nimmt. Und die Folge? Hier und dort dürfen die Bergarbeiter in verzweifelter Ränke getrieben werden. Wer dann die Schuldigen sind, ist gewiß nicht

Der „Bergknappe“ und die Sozialdemokratie!

In letzter Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ haben wir gezeigt, wie der „Bergknappe“ die Sozialdemokratie verleumdet, daß sie für die Arbeiter bisher noch nichts getan habe. Damit glaubte das edle Organ die Unrechtmäßigkeit der modernen Arbeiterbewegung, soweit sie sich im sozialistischen Sinne zeigt, dargetan zu haben. Wir glauben durch unsere gebrachten unüberleglichen Beleidigungen den „Bergknappen“ nicht zu belehren. Das Organ erklärt eben Schwarz für Weiß oder umgekehrt, wie es ihm in den Kraut paßt. Es ist das die Befolgung eines alten Grundsatzes, den August Brust einst mit Nachdruck hervorholte. Man muß die Sozialdemokratie in den schlimmsten Farben schildern, sonst laufen die christlichen Arbeiter zu ihr über! Und wer denkt nicht auch an das gelassen ausgeprochene Wort des selben Manes: „Wer leumündet ist mein Geschäft“. Das sind die Regel, nach welchen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften behandelt werden. Bleibt aber alles nicht, dann geht man die Religion auf den Plan. Die Religion wird in der selbststen Weise benutzt, um jede Schärfere aus dem christlich-zentralistischen Lager zu vertedigen oder zu verteidigen. Das geht nun seit Jahren so, auch durch die christlichen Gewerkschaften und ihr Organ. Ein etwas ekelhafteres können wir uns nicht denken.

Man beobachte nur, wie auch jetzt die Haltung der Zentrumspartei auslöslich der Reichsfinanzreform durch die zentralistisch-christlichen Agitatoren verteidigt wird. Gewöhnlich erscheinen zwei Redner in den Zentrumsversammlungen. Der erstere spricht über die Schulfrage, über Kulturmampf und über die Religionsfeindseligkeit der Sozialdemokratien und Liberalen. Hat man dann die Versammlung in die gewollte Stimmung hineingebracht, dann erst wagt man sich an das Thema, die Finanzreform herau. Ist nur ein Redner vorhanden, dann sagt er Religion und Finanzreform zusammen in einem Vortrage. Der „Bergknappe“ spricht also nicht aus der Reihe, wenn er nach dieser Regel verfährt. Mit dem Appell an den Nationalismus wird die Volksausplündierung verdeckt. Da wird erklärt, daß das Christentum in Gefahr ist! Um gleichen Atem werden Millionen braver Menschen verdächtigt, weder Sitten noch Moralsgeze zu kennen. Millionen Menschen wird vorgeworfen, daß sie durch ihre Weltanschauung — wenn man das Wort Weltanschauung überhaupt noch gelten läßt — durch und durch verdorben sind, daß sie kein Familieneleben führen, ihre Kinder nicht erziehen können, daß sie wie das Vieh dahin leben, den Affen als ihren Stammbauer betrachten usw. Alles das haben wir besonders in Versammlungen in den letzten Monaten von gebildeten Zentrumsleuten wie von den Durchschnittsagitatoren der christlichen Gewerkschaften und der Zentrumsparthei hören können. Kein Wunder, daß fast jedermann, der nicht ins Zentrumshorn tutet, die christliche Gewerkschaftsgeist nicht mitmacht, von vielen christlich-zentralistischen Arbeitern als der wahre Teufel betrachtet wird. So ist es uns schon und so ist es auch anderen ergangen.

Und wer sind unsere Anschuldiger? Oft genug sind es Burschen, die jenseits von Moral und Sitten stehen. Ist es doch noch nicht lange her und die „Bergarbeiter-Zeitung“ nannte einige von ihnen moralisch verkommenen Gesellen, verlogene verlotterte Buben, denen die Ehre rechtschaffener Menschen ein Bappenspiel ist, die man jederzeit durch den Dreck zerren kann. Wir haben uns erboten, vor Gericht den Beweis hierfür anzutreten, aber die Leutchen hüteten sich, sich zu rühren, schwiegen sich aus. Das ist reich sie ihre Hölle jetzt um so länger, um nachzuweisen, welche sittliche Gefahren den christlichen Arbeitern durch uns, wie durch die sozialistisch denkende Arbeiterschaft überhaupt drohen. Nur sie, die durch die berühmten M.-Gladbachschen Kurse kristallisiert wurden, haben ein Recht, sich als Verfechter für Sitten und Moral, als Verteidiger der Religion hinzustellen. Ein Galoppkursus in M.-Gladbach genügt, um sich über Millionen Menschen erheben zu können. Wer an die Unfehlbarkeit dieser Galoppkünstler nicht glaubt, wird mit vollen Kläbeln bedient, man mag Sozialist, Freigewerkschaftler sein, oder man mag irgend einer anderen Richtung angehören. So selbst katholische Männer und Geistliche sind vor diesen taktifischen Deutchen nicht sicher. Das haben wir oft genug erlebt. Und man denkt an den schmierigen Kampf, wie er zwischen christlichen Gewerkschaftlern und katholischen Fachabteilern auf beiden Seiten durchgeföhnt wurde. Erlauben wir uns, eine höhere Meinung über den sittlichen und moralischen Inhalt der Religion zu haben und kommen wir her und stellen den Widerspruch zwischen Wörtern und Taten der sich christlich nennenden Bürchen fest, dann schreit man, daß wir die Religion angegriffen hätten! Sie verbörpern sich mit der Religion, verkrüppeln sich hinter ihr, gleichviel, ob ihr Tun und Treiben der Lehre des großen Nazareners direkt ins Gesicht schlägt. Wir halten die Religion hoch genug, um zu sagen, daß sie von solchen Bürchen nur geschändet werden kann, daß das Christentum beschimpft wird, wenn es von Leuten dieser Art verteidigt wird.

Es tut wohl, wenn sich angeichts solcher Tatsachen noch Menschen finden, die die sozialistische Arbeiterbewegung anders zu urteilen verstehen, ihr Gerechtigkeit willfahren lassen und die es als Christ nicht als ihre Aufgabe betrachten, die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften zu verleumden und zu beschimpfen, sondern die der Tätigkeit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Anerkennung zollen. Da sich unsere Kameraden auch hier zu wehren haben gegen die christlichen Agitatoren und gegen die Anzapfungen des „Bergknappen“, lassen wir eine Anzahl Ausführungen bedeutender Männer und ehemaliger und amtierender Geistlicher über die Sozialdemokratie hier folgen.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ berichtete am 23. Mai 1907:

„In Aachen hat sich kürzlich

Professor Harms (Tübingen)

bei der Erörterung der Frage: Wie soll man die Sozialdemokratie bekämpfen? in schärfster Weise gegen die Art gewendet, wie jetzt der Kampf gegen die Sozialdemokratie betrieben wird. Er verurteilt entschieden die Verleumdungen, mit denen man gegen die Sozialdemokratie arbeitet. Er verachtet die gegen die Sozialdemokratie angewandte Kampfmethode; man sollte die Sozialdemokratien achten und nicht attackieren. In nicht missverstehender Weise lehnte er die in mittlernochtigen Stunden vom Berliner Schloß verhüllte Kampfparade ab, nach der nicht die Regel, sondern der Erfolg den Kampf ausmacht. Es sei einfach nicht zu verstehen, daß der gegenwärtige Polizeistaat den Arbeitern in ihrer Rechtsverkörperung erkläre: Etwas unrecht sei der Vorwurf zur Vaterlandslosigkeit! gegebe die Sozialdemokratie. Wer sei nicht alles als unvaterlandslos bezeichnet worden? Die besten Männer des Vaterlandes gäßen der Revolution als antinational. Heute vertritt sie man national mit Konservativismus, und nur der sei national, der alle Forderungen fürheit und Flotte bewillige. Man bereite den Krieger in einen Schwertkrieger, verbiete den kleinen Beamten den Beitritt zu ihnen und unterdrücke damit die Karriere der Arbeiter. Die den Sozialdemokraten gegenüber angewandte Achtungsmethode sei durchaus nicht am Platze. Die gewerkschaftliche Tätigkeit sei zwecklos, es sei notwendig, daß es nicht ein willenloses Werkzeug in den Händen der Kapitalisten sei. Es sei geradezu töricht, die Arbeiter zu einer anderen Partei herüberzuladen zu wollen. Die Freiheit müßte eine radikale Arbeiterpartei bilden.“

Auf der 4. Junt 1907 schrieb die „Brandenburger Zeitung“: Auf der sozialistischen Konferenz zu Zürich hielt der

Pfarrer Thürnhäuser

ein Vortrag über Sozialismus und Pfarrer, aus dem folgende weitere Befreiung verdienst:

„Menschen von Menschen haben dem neuen Ziel des Lebens, die überließene Religion gepflegt. Haben sie es nur für so niedrig gehalten und so voll irischer Schüße

waren? So gering waren wir von kleinsten denken. Kein Mensch kämpft anhand um nichts, als um Brot. Wer die Geschichte kennt, weiß, daß es das Erwachen der Bürgerschaft gewesen ist, welches dem Proletariat den ersten Stoß zur Selbstbestimmung gab. Persönlichkeitstrang, der Wille, Mensch zu sein, entfesselte die gebundenen neuen Geister. Slaven waren wir, gebunden an die Maschine, an die Fabrik, an den Herrn, frei wollen wir sein.“ Wohl schreit das Proletariat nach besserem Leben, nach Brot, aber es hingt gleichzeitig so gut wie nie in einem kleinen Leben. Glauben wir, wir erst müßten ihnen sagen, daß sie keine Tiere seien? wie erst müßten ihnen den Wert ihrer Seele beibringen? Brot, weil sie ihn kennen — freilich nicht in religiösem Sinne — Es gibt genug Sozialdemokraten, die stark religiös veranlagt sind. Die Red. der „Bergarbeiter-Zeitung“ kämpfen sie um ihr Leben, um eine menschenwürdige Existenz. Gerade unsere Red. die einen ganz neuen Begriff von Leben und Persönlichkeit aufgenommen hat, sollte das starke Schenken nach Entfaltung des Ich auch bei den unteren Massen verfestigen. Oder haben sie nicht das Recht dazu? Schneller als wir es ahnen, erwacht hier in einem Schutzengeist ein mächtiger Lebensdrang. Wir glauben, sie stehen alle tiefer unter uns. Ich, das ungebstöbte Volk! Und während wir uns unsere Gedanken machen, hatten Tausende im Arbeitsmittel mehr gefunden, als die Menge selber Philister — ein kleiner Mensch ist es. Wer hat ihnen zugetragen? Wel nem haben sie sich Blügel geholt, sich über ihr eigenes Glaub zu erheben? Wel nem haben sie sich den Hut, das Leben für etwas Neues, Großes einzusehen? Es gibt Bisher über Sozialismus; beiden denn die Millionen sie gelesen? Es ist, wie wenn die ganze Lust voll wäre von neuen Idealen, wie wenn der Windbauch sie jeden ins Ohr raunte. Wir können die Tatsache gar nicht hoch genug schätzen, daß sie Leben und Bewegung in eine stumpe Massen gekommen ist. Selbst gingen sie unter der Last der Arbeit oder unter der Anstrengung gleichmäßig zugrunde. Sie dieser Drang, diese Sehnsucht, dieses mächtige Gefühl von dem, was sie sind! Und dieses Erwachen des Geistes, dieses Verlangen nach Leben und Persönlichkeit sollte eine bloße Magenfrage sein! Gewiß hat dieser Drang nach Persönlichkeit noch nicht den Inhalt und das Ziel, das wir ihm wünschen. Aber wir sollten da ein wenig größer in unserem Denken und Hoffen sein, und nicht gleich die theologische und religiöse Lüpe zur Hand nehmen. Wir sollten uns darüber freuen, daß, ob diese Kreise auch nach unserem System nicht religiös genauesten können, sie doch schon in ihrem starken Streben nach oben tiefe religiöse und sittliche Kräfte abnehmen lassen. Erst wenn wir diese mächtigen, positiven Impulse anerkennen, haben wir den Schlüssel des Verständnisses gefunden für diese Bewegung.“

Pastor Liebster in Volkmaisdorf

steht seit vielen Jahren auf dem Standpunkt, daß es nicht zu den Aufgaben verständiger Menschen gehören kann, die Sozialdemokratie zu verleumden. Er hat in einer Broschüre eine beredte Sprache gegen die Verleumdungen gefunden. In dieser Broschüre heißt es auf Seite 7:

„Durch die Sozialdemokratie hat das Denken von Millionen von Arbeitern und Arbeitern eine feste Struktur bekommen. Die Sozialdemokratie hat sie aus der Stumpfheit herausgerissen und ihnen einen rationalen Charakter eingehaucht. Sie hat die Geister zusammengefaßt, indem sie alle mit einem Glauben, mit einer Hoffnung, mit einem Willen erfüllte. Diese Arbeit hat sie in der kurzen Zeit von vier Jahrzehnten vollbracht und noch ist sie nicht am Ende ihres siegreichen Laufs... Unso höher muß der indirekte Erfolg angeschlagen werden, der darin besteht, daß die maßgebenden Leute immer an das arbeitende Volk erinnert werden. Man denkt sich aus, wie es gegenwärtig in Russland, Permanenz, Schulwesen aussiehen würde ohne die Sozialdemokratie, die auf Schritt und Tritt die Interessen der Arbeiter gegenüber den herrschenden Gewalten in Schutz nimmt! Man denkt an den Tod! Ob er sich auch nur annähernd so kräftig entwickelt hätte, ohne das ständige Trocken- und Trocken der Sozialdemokratie? Ihre Folgen reichen weit über die Grenze der Partei hinaus.“

Über das Verhältnis der Kirche zur Sozialdemokratie sagt Pastor Liebster auf Seite 88 seiner Broschüre:

Die Bekämpfung der ganzen Sozialdemokratie ist ein schwerer taktischer Fehler, durch den sich die Kirche bei den Nichtchristen in den Stand gebracht hat. Die Sozialdemokratie ist in den Augen der Armen die große Heilsferin und Trostferin. Was eigentlich die Kirche sein sollte, wenn sie nach der Lehre und dem Vorbild Jesu handelt, daß hat an ihrer Stelle die Sozialdemokratie vollbracht, sie predigt den Armen das Evangelium von ihrer Erfüllung.“

Die Sozialdemokratie, ihr Einfluß auf die Person macht den Menschen erst wirklich frei, zu einem entschlossenen Mann, der weiß was er will und der seiner Aufgabe gewachsen ist. Das schildert Herr Pastor Liebster sehr beredt:

„Die Sozialdemokratie hat das Bild des Volkes verändert. Der Kundiige merkt auf einer Reise sehr bald, ob die Gegend, durch die er wandert, von den Sozialdemokraten ernstlich bearbeitet worden ist, oder ob dort noch die alten Anschaunungen herrschen. Der Gesichtsausdruck ist bei den Sozialdemokraten meist trocken frei, die Stimme klingt derb und leise, das Benehmen erscheint unliebenswürdig. Die Phrasen, die der anderen ist wesentlich verschieden. Sie sind freundlicher, und die Freundlichkeit hat nicht selten etwas Unterwürfiges. Auch Schläue und Hinterhaltigkeit fehlen nicht; der Grundzug aber ist ein gedrücktes und zurückhaltendes Wesen. Natürlich wird die Charakteristik nicht auf alle Gegenden zu treffen, aber überall kann man eine Verschiebung der Volksart durch die Sozialdemokratie feststellen, und überall wird die Veränderung auf einem erhöhten Gefühl der Freiheit und Selbständigkeit beruhen.“

Am 20. Dezember 1907 hielt der „Vorwärts“ mit: Gelegentlich einer Feier des Münster evangelischen Arbeitervereins hielt

Pastor Cordes aus Hamburg

eine Festrede, in der er sich auch mit der Sozialdemokratie beschäftigte. Er bemerkte zunächst, daß viele Parteigenossen, die der Kirche den Rücken gewandt hätten, dennoch keine Feinde der Religion seien, und behandelte dann die Fragen: Mehr Lohn, mehr Recht und: Wie stehen wir als Christen zum Sozialismus? Seine Antworten sind wert, wiedergegeben zu werden.

Zum ersten Punkt meinte Cordes, die Forderung:

Mehr Lohn!

„Klingt sehr nüchtern und enthalte anscheinend nichts Ideales, die menschliche Begehrlichkeit scheint aus ihr zu sprechen. Jedoch das: „Zu wenig Lohn“ bedeutet Not und Elend, Zerstörung des Familienglücks, schlechte Kindererziehung, tagtägliche Sorgen und im Hintergrunde lauernde der Altkatholizismus. Gewiß seien in den letzten Jahren die Löhne gestiegen, aber zugleich schneller und höher die Lebensmittelpreise und Mieten. 230'000 Mütter seien tagtäglich an die Maschine gefetzt und ihre Kinder der Verrohrung preisgegeben. Über 500'000 Kinder unter 14 Jahren müßten der Erwerbsarbeit nachgehen und die Jugend verkümmern. Einzigliches Elend sei Kaufender Heimarbeiter los. Bedenke man als Christ die Folgen dieses Elends und höre den Ruf nach mehr Lohn als ruhige, feste Forderung der organisierten Masse, dann könne man sagen: Gott sei Dank! Das ist das einzige, was uns weiter helfen kann!“

Zum zweiten Punkt:

Mehr Recht!

Führte der Prediger aus: Unter dem wirtschaftlichen Druck sei der sogenannte freie Arbeitsvertrag wertlos. Das patriarchalische Verhältnis sei längst überholt. An Stelle des persönlichen Arbeitgebers sei vielmehr das unverhältnislose Kapital getreten. Wenn der Unternehmer „Herr im Hause“ bleiben wolle, so sei dieser Standpunkt nicht gerecht. Widersteht sei der Standpunkt der Arbeiter mit dem Verlangen nach Gleichberechtigung bei Festsetzung des Arbeitsvertrages ebenso berechtigt. Die Forderung nach: „Mehr Recht“ sei berechtigt, denn ein Zustand, der von dem erwachsenen Arbeiter verlangt, daß er ständig summe unter dem Willen eines anderen Menschen füge, sei unerträglich. Ein Volk darf grundsätzlich nicht aus Herren und Untertanen bestehen. In dem Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmen besteht zwischen Gewerkschaften kein großer Unterschied. Im christlichen Lager verweise man zwar den Klassenkampf, doch die Kämpfer

wie sie dieselbe. Auch die Sozialdemokratie sehe im Streit das leiste Mittel, wisse, wieviel Christen durch ihn ausspielen gehen werden und habe ein Herz für vaterländische Industrie.

Die Frage:

Wie stehen wir als Christen zu dem Sozialismus?

Beantwortet Pfarrer Cordes unter folgenden Gesichtspunkten: Da Sinn der großen sozialistischen Bewegung sei, man sollte sich nicht als Gegner im Kampf ums Dasein zerstreichen, sondern als Brüder gemeinsam die Errungenschaften der Kultur besitzen. Dazu gelangen könne die Menschheit auf dem Wege der Entwicklung. Auch die sozialistische Bewegung werde nicht gleich das Paradies auf Erden schaffen, sondern die Neuerung nur als eine höhere Kulturstufe anstreben. Wenn von christlicher Seite eingewandt würde: Die Menschen sind einmal auf Erden schlecht, es wird hier nicht besser. So wie ein Predner (Predner) diese Stimmung nicht. Der Mensch müsse einem Ideal nachstreben, es sei nicht nötig, daß Armut und Elend zu allen Zeiten weiter bestehen. Aufwärts müsse die Menschheit streben, damit sie das Volk als ein Volk von Brüdern fühle. Auch Jesus habe nicht gewollt, daß Elend und Not unter den Brüdern wachsen sollte, sondern sein Wille war, daß die Menschen wie Brüder sein sollten. Auch in der radikalen Arbeiterbewegung könne man dem Christentum verwandt finden. Unerträglich sei es zu hören, wenn man drei Millionen deutsche Arbeiter als eine Bande von Rovarien und Vaterlandsverrätern faßt. Obwohl sich bei ihnen ein sehr patriotischer Idealismus, der Glaube an die Zukunft des Volkes, zeige!

In St. Louis (Nordamerika) hielt vor mehreren Jahren.

der katholische Pfarrer J. Hagerly vor einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge eine Rede, da wir folgende Aussführungen entnehmen:

„Es mag manchem meiner Brüder sonderbar erscheinen, daß ein Pfarrer der katholischen Kirche als Redner in einer sozialistischen Versammlung austritt. Ich bin mir voll bewußt, daß ich durch meine sozialistische Tätigkeit nur das tue, was uns der Begründer der christlichen Religion gelehrt hat, denn der Sozialismus enthält alles Gute, was die christliche Religion lehrt, und noch viel mehr dazu.“

In Holland, wo sogar eine starke Gruppe christlicher Sozialdemokraten existiert, ist

der katholische Geistliche Dr. van den Brink der Sozialdemokratie offen begetreten. In der schriftlichen Beantwortung dieses Schrittes sagt er:

„Die kapitalistische Gesellschaft treibt Spott mit den Geboten Jesu: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst; sie treibt Spott mit der wahrhaftigen christlichen Nächstenliebe, und sie beantwortet das erste Gebot Jesu mit: tödlicher Konturen, Unterdrückung, Missgunst, Hass und Feindschaft. Ich bin mir voll bewußt, daß ich durch meine sozialistische Tätigkeit nur das tue, was uns der Begründer der christlichen Religion gelehrt hat, denn der Sozialismus enthält alles Gute, was die christliche Religion lehrt, und noch viel mehr dazu.“

Im Jahre 1906 wurde in Basel auf einer Konferenz evangelischer Geistlicher der Schweiz das Thema behandelt: „Das Evangelium und der wirtschaftliche Kampf der Gegenwart.“ Der als Hauptredner bestellte Pfarrer führte aus, so berichtet ein nichtsozialistisches Blatt,

wie die gegenwärtig herrschende Wirtschaftsordnung des Kapitalismus zu den Grundzügen Jesu in schroffem Widerspruch stehe, wie sich dagegen die Forderungen des Evangeliums im sozialistischen Zukunftsstaate verwirklichen lassen, nämlich Verstärkung der Persönlichkeit, Solidarität und Brüderlichkeit, Sturz des Mammonismus, Adelung der Arbeit, Entfaltung wahren Menschentums.

Die Ausführungen der übrigen Redner waren auf den gleichen Ton gestimmt. Unter großem Beifall eines Teils der Versammlung schloß ein Pfarrer seine Einwürfe mit den Worten:

„Werte Brüder, es bleibt Ihnen keine andere Wahl, als sündig und sünders Sozialisten zu werden.“

Das geschah in einer von annähernd 300 Geistlichen besuchten Versammlung! Tatsache ist denn auch, daß der sozialdemokratische Partei in der Schweiz zahlreiche Geistliche als Mitglieder angehören. Einige Geistliche, so die Pfarrer Pfälzer und Engster, sind sogar demokratische Abgeordnete.

Der schweizerische Pfarrer Autier

ruft in seinem Buche: „Sie müssen“ aus:

„Die Sozialdemokraten hungern und dürsten doch auch gerechten Zuständen — und sollten göttlos sein! Sie kämpfen für die Barmherzigkeit — und sollen keine Barmherzigkeit erlangen! Sie hassen das Gemeine, Schmatzende, Lüsterne — und sollen nicht auch Kinder Gottes heißen! Sie werden von allen Seiten geschmäht und verfolgt — und Gott sollte sie in die Hölle stoßen? Sie sammeln nicht Schätze, wie die anderen Parteien, sie erklären dem Gelde den Krieg — und sollte nicht zu Gott gehörn, ihm nicht dienen? Sie tun, was Gott von Anfang an durch seine Zeugen gefordert: sie nehmen sich einzigt der Armen und Gezeichneten an — und sollten ohne Gott sein!“

In einem Vortrage, den der

Pfarrer L. Nagaz,

Pfarrer am Münster zu Basel im Jahre 1907 hielt, heißt es:

„Der sozialistische Zwangsstaat existiert nur in den Köpfen, die den Sozialismus bloß aus Karikaturen kennen. Wir dürfen vielleicht von der Überwindung des Kapitalismus getrost ein Wachstum auch menschlicher, also auch freier Kultur nach allen Richtungen erwarten. Die Familie wird gefunden, da sie die Mutter wider hat, die Frau wird von mancher Entwürdigung befreit sein, dem Pastor werden die

Pfarrer Blumhardt
war Jahre hindurch in Württemberg sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter. Er sagte von sich:
„Ich habe meinen Gott gefragt, che ich Sozialdemokrat wurde.“

Und auch der

Pfarrer Göhre

trat öffentlich zur Sozialdemokratie über. Hören wir, was er vom Verhältnis des Christentums zum Sozialismus sagt:

„Wahrschlich die heilige Solidarität Christi und aller seiner ehlichen Jünger: In der Sozialdemokratie hat sie ihre moderne Ausprägung gefeiert. Und weil ich um diese Tatsache nicht herumkommen, schon deshalb mußte ich schließlich den Schritt tun, den ich getan habe: Um meines Christentums willen, so wie ich es verstehe, mußte ich Sozialdemokrat werden.“

Zahlreiche andere evangelische Geistliche haben in anderer Weise der Sozialdemokratie ihre Sympathie bekundet, zum mindesten ihrem idealen Streben hohe Anerkennung gezollt. Der

Pastor Pfannkuche in Osnabrück

sagte im Jahre 1907: Man müsse erklären, daß auch christlich-gläubige Arbeiter Sozialdemokraten sein könnten, und es müsse öffentlich festgestellt werden, daß das Programm der sozialdemokratischen Partei nicht das geringste enthalte, was einen Christen davon abhalten könne, Sozialdemokrat zu sein.

Und in der christlich-sozialen Wochenschrift „Die Arbeit“ schrieb im Januar 1908 ein Pfarrer, Tatsache sei, „daß die sozialdemokratische Partei sich der Arbeiter mit aller Macht angenommen hat und für ihre Forderungen eintritt, und es braucht uns nicht wunder zu nehmen, wenn die Arbeiter der sozialdemokratischen Partei dafür dankbar sind. Aufstieg darüber auf christlicher Seite zu zetzen, sollte man einmal an seine Brust schlagen und sich sagen, daß hier die Sozialdemokraten wirklich christlich gehandelt haben, und sollte ebenso handeln.“

Der katholische Geistliche Gochoff

hat jüngst in der Bonifaziusdruckerei in Paderborn ein Buch herausgegeben, das die völlige Vereinbarkeit der wichtigsten sozialdemokratischen Lehren mit dem Christentum nachweist. Es heißt in diesem Buche:

„Der Sozialismus ist nicht das „Böse“; er ist nicht „die Zersetzung“, er ist nicht an sich und absolut durch den Syllabus verdammt. Der Sozialismus, insoweit er berechtigt ist und Wahrheit enthält, wurzelt gleichfalls im Christentum, ist aus ihm hervorgegangen. Die wahren Ideale solider können eben gerade nur durch das Christentum ihre Realisierung finden, denn sie in letzter Linie entstammen.“

„Die Marx'sche Sozialökonomie (die Wissenschaft, auf der die Sozialdemokratie fußt) rechtfertigt und bestätigt die Soziallehre der Kirche, rechtfertigt und bestätigt die scholastische Erkenntnistheorie, leistet wissenschaftlich Großartiges, während seine Gegner, außer in geschichtlicher, beschreibender und statistischer Hinsicht, absolut nichts leisten, sondern mit Blindheit und Unfruchtbarkeit geschlagen sind.“

„Wenn man hölde und drübien würde, was Kapital in Wahrheit ist, was in Wahrheit Marx und die Kirche lehrt, so wäre eine Verständigung leicht möglich, ja selbstverständlich und geboten. So aber führt man vielleicht den Kampf auf Leben und Tod gegeneinander — aus Unwissenheit und Mißverständnis.“

Die „Deutsche Reichszeitung“ in Bonn,

ein bekanntes Zeitungsbüro, schrieb im Jahre 1898:

„Wir müssen den Kampf des Sozialismus gegen das absolute, aus rein heidnischen Begriffen stammende Eigentum als etwas Berechtigtes, den christlichen Ideen Verwandtes betrachten. Wir streben mit den Sozialdemokraten eine durchgreifende, radikale Reform des Eigentums an... Die gegenwärtige soziale Kündigung ist eine Sünde gegen das Christentum, gegen alle natürlichen und von Gott geschaffenen Gesetze; sie mit allen gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen, in geradezu Wicht und Aufgabe jedes christlichen Christen.“ Die gegenwärtige kapitalistische Gesellschaftsordnung ist nicht ein Werk Gottes, wir dürfen sie nicht als durch seinen Willen funktioniert hinstellen, sondern sie ist ein höchst zu bestätigendes Menschenwerk, welches aufs Gründlichste zu ändern der Christ nicht unterlassen darf, ohne einen Frevel an Gott und den Menschen zugleich zu begehen.“

Im Juni 1907 sprach

der Stadtpfarrer von St. Moritz in Ingolstadt

bei einer Predigt eines Arbeiters folgendes:

„Ich sehe hier rote Schleifen an den Kränzen, und ich habe in der Zeitung gelesen, daß der Verstorbenen der sozialdemokratischen Partei angehört hat und ein tüchtiger Genosse gewesen ist. Es wäre falsch, wollten wir deswegen über den Verstorbenen den Stab brechen, denn die Sozialdemokratie hat auch ihr Gutes und die Christenberechtigung kann man ihr nicht absprechen. Der Verstorbe hat schließlich seinen Vater verloren. Als junger Kirchgänger der Verstorbenen in die Freude und wer wollte es ihm übel nehmen, daß er sich einer Partei anschloß, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpft. Wir haben viele Wohlfahrtseinrichtungen, die wir dem Andringen der Sozialdemokratie zu verdanken haben. Ich bin kein Feind der Sozialdemokratie.“

Wir können die Liste derer, die die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften anders wie der „Bergknappe“ beurteilen, beliebig fortsetzen. Aber, wie gesagt und wenn Gehntaufende bedeutende Männer und Geistliche sich so aussprechen, wie oben ihre Allegen, was wäre das alles gegen die erhabene Meinung Büchen-Gladbacher Galopp Schüler. Diesen ist nun einmal auf den Tag gegeben worden: „Sie können über ein Thema sprechen wie Sie wollen, am Schluss müssen Sie die Sozialdemokraten hochnehmen.“ Also kann der „Bergknappe“ nicht anders, wie schimpfen und verleumden.

Damit wären wir mit dem Artikel des „Bergknappen“ über „Bergarbeiter und Sozialdemokratie“ fertig.

Bolswirtschaftliche Rundschau.

Die Folgen der Tabaksteuer

zeigen sich in immer erschreckenderem Maße. Im Rheinland haben größere Arbeiterschlafungen stattgefunden in Aachen, Eimendorf, Geldern, Kalbendorf, Köln, Kreuzbach und Oberhausen. Die Zahl der Erlassungen ist mit 1900 kaum zurückgegangen. Hierzu kommen Betriebsstillstellungen auf längere Zeit außer in den genannten Städten in folgenden Orten: Aholt, Düsseldorf, Goch, Mt.-Gladbach, Nees, Niedorf, Wessel. Und endlich kommt noch hinzu, daß in den meisten anderen Betrieben nur an mehreren Tagen der Woche oder bei sehr verkürzter Arbeitszeit oder mit verminderter Arbeitsmenge gearbeitet wird. Ferner sind auch Verschlechterungen des Lebensverhältnisses, insbesondere durch Lohnabzüge eingetreten, so bei den Firmen Krause in Aachen, Baasen in Düsseldorf und Haarburger in Düsseldorf. Der Gauleiter des deutschen Tabakarbeiterverbandes O. Wenzel teilt der Presse mit, daß er in der zweiten Hälfte des Monats August eine Umfrage gehalten habe in seinem Bezirk. Von 75 Betrieben hatten 46 das Material eingespart. Gemeldet, daß gänzlich entlassen wurden 476 Arbeiter. Tagelang aussehen mußten in 91 Betrieben 5446 Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, in 29 Betrieben mit 203 wurde mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet, ebenso ist in 36 Betrieben mit 2985 Personen die Stückzahl bzw. Pensum der zu leistenden Menge vorgeschrieben. Diese beträgt ein Drittel bis zur Hälfte der früheren Produktion. In der Bündner Gegend (Westfalen) sind weit über 1000 Zigarrenarbeiter entlassen, bei dem Bürgermeisteramt in Schwedt (Brandenburg) sind entlassen über 1000 Untertützungsgesuch eingegangen; in Hamburg-Altona sind 250 Arbeitlose vorhanden, 500 arbeiten bei verkürzter Arbeitszeit, meist nur halbe Tage. In Frankenberg (Sachsen) wurde 1900 Arbeiter auf acht Tage kündigt, in Oberhausen sind 120 Tabakarbeiter brodeln. So zeigen sich die Hochsposten. Man berichtet, daß durch die neue Tabaksteuer weit mehr als 20000 Arbeiter arbeitslos werden.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Auswiegelung von Arbeitern gegen Arbeitern

Das Pariser „Journal des Débats“, dessen österreichischer Korrespondent gute Beziehungen zum Vatikan unterhält, veröffentlichte in seiner Nummer vom 9. September einen Brief aus Rom über „die deutschen Katholiken und der Vatikan“, aus dem hervorgeht, daß zwischen dem Vatikan und der deutschen Regierung dauernd Verhandlungen stattfinden, um ein gemeinsames Vorrecht im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften Deutschlands und gegen die deutsche Sozialdemokratie zu vereinbaren. Als Sturmbock gegen die moderne Arbeiterbewegung sollen von den verbündeten alten Mächten der kirchlichen und staatlichen Autorität die christlichen Gewerkschaften benutzt werden. Den wichtigsten Teil dieses Briefes geben wir wieder. Nachdem der Streit um den konfessionellen Charakter des Beutes geschildert worden, führt der Verfasser fort:

„Der Fortschritt der Sozialdemokratie und der ausgesprochen antireligiöse Charakter dieser Partei hatte allen Christen, den katholischen wie den evangelischen, den Gedanken nahe gebracht, eine große interkonfessionelle Massengruppierung zu schaffen, deren Kräfte sich denen des kürzbarsten sozialistischen Massenverbands entgegenstellen sollten. Es wurden in gemeinsamem Einverständnis, aber hauptsächlich auf Anregung der Katholiken, die christlichen Gewerkschaften begleitet. . . Sehr interessante Verhandlungen wurden daraufhin in Rom geführt, wobei es sich darum handelte, eine endgültige Approbation der christlichen Gewerkschaften zu erzielen. Kardinal Roppi widmete sich diesem Werke mit ganz besonderem Eifer. Was nun die kaiserliche deutsche Regierung betrifft, so hatte diese ein großes Interesse daran, ein gegen die Sozialdemokratie gerichtetes Unternehmen zu begünstigen, und sie ließ sich das auch in Deutschland sowohl wie beim Vatikan recht angelegen sein. Ich wette, daß Herr v. Mühlberg (Vertreter des Deutschen Reiches in Rom) in den beiden letzten Jahren seiner Mission den heiligen Vater und das päpstliche Staatssekretariat öfter über die Frage der christlichen Gewerkschaften unterhalten hat als über die polnischen Affären und den erzbischöflichen Stuhl in Posen. Der Vatikan, obgleich grundsätzlich allen interkonfessionellen (religiösen) Gemeinschaften abgeneigt, ließ sich schließlich doch dazu bringen, einige Zugeständnisse zu machen. Auch Kardinal Fischer, der lange schwankte, wurde schließlich für die Sache der christlichen Gewerkschaften gewonnen und erhielt für Köln gewisse Privilegien. Man sagt, der Papst habe sich empfänglich gezeigt für das Argument (Verehrungsgrund), durch das ihm die Anhänger der christlichen Gewerkschaften die Notwendigkeit der Vereinigung aller christlichen Arbeiter zu beweisen suchten. Dies sei, so sagte man ihm, das einzige Mittel, die Sozialdemokratie erfolgreich zu bekämpfen, und andererseits bildeten die in den Gewerkschaften vorhandenen protestantischen Elemente der Staatsgewalt gegenüber einer Schutzeinheit und böten Gewähr für staatliche Förderung. Am Ende ließen sie wohl auch durchblicken, daß die katholischen Gewerkschaftsmittel durch ihre soziale Tätigkeit Gelegenheit finden würden, in ihrer (protestantischen) Umgebung ein gewisses religiöses Weltchristentum zu vollbringen.“

Ich werde in einem folgenden Briefe die Bedingungen und Mithilfen dieses politischen Bündnisses zwischen deutschen Katholiken und Protestanten untersuchen, daß, ohne daß man sich selbst dessen klar bewußt wurde, durch ein ökonomisches und sozialpolitisches Bündnis vorbereitet wurde.“

Die christlichen Gewerkschaften werden uns da vorgesetzt als gemeinsame vatikanisch-hohenzollerische Schutzeinheit gegen die moderne Arbeiterbewegung. Sie spielen in dem ganzen Handel eine bedeutende Rolle, man betrachtet sie bloß als geheiligtes Mittel zu ihrem Zweck, und dieser Zweck ist keineswegs nicht die Wohlfahrt der deutschen Arbeiter, sondern die Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung.

Arbeiter sollen gegen Arbeiter aufgehetzt werden. Dazu hat man die christlichen Gewerkschaften bisher ja immer gut gebrauchen können. Das wird anders, wenn die betörten und genausführten christlichen Arbeiter erkennen lernen, zu welchen Zwecken sie gewerkschaftlich eigentlich benötigt werden. Um lieblosen dürfen die Darlegungen des Pariser Organs, die bis heute ein Element noch nicht gefunden haben, nicht das Ziel erreichen, daß man sich gestellt hat. Und das ist gut so.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen

im Jahre 1908.

Die Statistik der freien Gewerkschaften über die Arbeitskämpfe im Jahre 1908 zeigt, daß wohl die Unternehmer das Jahr des stärksten wirtschaftlichen Niederganges und der geradezu exzessiven Arbeitslosigkeit bemüht waren, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, daß aber auch die Gewerkschaften dank ihres wachsenden Einflusses nicht nur diese beabsichtigten Verhöhnungen erfolgreich zurückweisen, sondern darüber hinaus noch Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen konnten. Mit dem im Jahre 1907 einsetzenden wirtschaftlichen Niedergang trat auch zugleich ein Rückgang in der Zahl der Bewegungen ein. Dieser Rückgang kommt für das Jahr 1908 noch erheblicher zum Ausdruck als es im Jahre 1907 der Fall war. Die Zahl der Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zeigt eine starke Abnahme, während die Zahl der Abwehrkämpfe stieg. Bewegungen mit und ohne Arbeitseinstellung wurden im Berichtsjahr 5837 geführt gegen 8053 im Jahre 1907; doch ist die Zahl noch höher als im Jahre 1905, das 5659 Bewegungen aufwies. Von den Bewegungen wurden im Berichtsjahr 15758 Orte und 49117 Betriebe mit 742704 beschäftigten Personen betroffen. Ohne Arbeitseinstellung wurden 63,7 Prozent der Bewegungen für 449484 beteiligte Personen erledigt. Von diesen ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Bewegungen wurden 88,9 Prozent durch erfolgreiche Verhandlungen mit den Unternehmern, 1,7 Prozent durch Zugeständnisse der Unternehmer erreicht. Streiks und Aussperrungen fanden 2280 statt mit 126883 beteiligten Personen. Im prozentualen Verhältnis der mit oder ohne Arbeitseinstellung verlaufenden Bewegungen zeigt das Jahr 1907 mit dem Berichtsjahr sehr geringe Differenzen, die zu irgend welchen Schlüssen keine Berechtigung geben. Während 1908 auf friedlichem Wege 63,7 Prozent der Bewegungen endeten, waren es 1907 61,8 Prozent; durch Arbeitseinstellung wurden 1908 36,3 Prozent der Bewegungen erledigt, 1907 35,2 Prozent.

Von den gesamten Bewegungen waren erfolgreich: 8053 = 51,8 Prozent teilweise erfolgreich: 1425 = 24,4 Prozent, erfolglos: 1183 = 20,3 Prozent. 129 Bewegungen waren am Jahresende nicht beendet und von 75 Bewegungen blieb der Ausgang unbekannt. Es waren beteiligt: an den erfolgreichen Bewegungen 19128 Personen = 33,2 Prozent, an den mit teilweise Erfolg beendeten Bewegungen 217562 Personen = 37,8 Prozent und an den erfolglosen Bewegungen 146298 Personen = 25,3 Prozent.

Streiks und Aussperrungen fanden 2280 statt mit 126883 beteiligten Personen. Im prozentualen Verhältnis der mit oder ohne Arbeitseinstellung verlaufenden Bewegungen zeigt das Jahr 1907 mit dem Berichtsjahr sehr geringe Differenzen, die zu irgend welchen Schlüssen keine Berechtigung geben. Während 1908 auf friedlichem Wege 63,7 Prozent der Bewegungen für 449484 beteiligte Personen erledigt,

Von den gesamten Bewegungen waren erfolgreich: 8053 = 51,8 Prozent teilweise erfolgreich: 1425 = 24,4 Prozent, erfolglos: 1183 = 20,3 Prozent. 129 Bewegungen waren am Jahresende nicht beendet und von 75 Bewegungen blieb der Ausgang unbekannt. Es waren beteiligt: an den erfolgreichen Bewegungen 19128 Personen = 33,2 Prozent, an den mit teilweise Erfolg beendeten Bewegungen 217562 Personen = 37,8 Prozent und an den erfolglosen Bewegungen 146298 Personen = 25,3 Prozent.

Die Gesamtausgabe für die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung betrug 4624825 Mt. An den Bewegungen partizipierten 55 Verbände. Keine Bewegungen hatten die Verbände der Bureaucräfte, Feuerwehr, Hoteldienst, Rentenfonds und Gewissensärzte.

Bon den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung dienten 3059 mit 401334 Beteiligten der Erhaltung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. 543 Bewegungen mit 48100 Beteiligten wurden veranlaßt durch beabsichtigte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen seitens der Unternehmer. Die Zahl der Angreifsbewegungen hat sich um 36,3 Prozent und die Zahl der daran beteiligten Personen um 21 Prozent verringert. Dagegen ist die Zahl der Abwehrbewegungen um 106 Prozent gestiegen und die Zahl der daran beteiligten Personen war um 174,7 Prozent gestiegen.

Die Angreifsbewegungen endeten in 54,2 Prozent erfolgreich, in 30,7 Prozent teilweise erfolgreich und in 372 Fällen mit 91156 Beteiligten erfolglos. Von den 543 Abwehrbewegungen waren 79,3 Prozent erfolgreich, 9,5 teilweise erfolgreich und in 61 Fällen mit 8404 Beteiligten erfolglos.

Der Erfolg der friedlich verlaufenen Bewegungen hat sich im Berichtsjahr noch ungünstiger gestaltet als im Jahre 1907. Innerhalb eines Monats August wurde über 1000 Zigarrenarbeiter entlassen, bei dem Bürgermeisteramt in Schwedt (Brandenburg) sind entlassen über 1000 Untertützungsgesuch eingegangen; in Hamburg-Altona sind 250 Arbeitlose vorhanden, 500 arbeiten bei verkürzter Arbeitszeit, meist nur halbe Tage. In Frankenberg (Sachsen) wurde 1900 Arbeiter auf acht Tage kündigt, in Oberhausen sind 120 Tabakarbeiter brodeln. So zeigen sich die Hochsposten. Man berichtet, daß durch die neue Tabaksteuer weit mehr als 20000 Arbeiter arbeitslos werden.

Ihre Kämpfe aus eigenen Mitteln zu bestreiten, in den Jahren steigende Tendenz zeigt. Im Jahre 1908 wurden mit 99,2 Prozent fast sämtliche Streikunterstützungen aus den eigenen Mitteln, also ohne Hilfe von außen, des betreffenden Verbandes veranlaßt. Von den Kämpfen waren Angriffsstreiks: 39,1 Prozent (1907: 58,6 Prozent), Abwehrstreiks 54,4 Prozent (1907: 29,9 Prozent), Aussperrungen 12,6 Prozent (1907: 11,6 Prozent).

Die Erfolge der Kämpfe sind etwas günstiger als im Jahre 1907, sie stehen auch unter dem Durchschnitt der 18 Berichtsjahre. Den größten Anteil an den Zahl der Kämpfe hat das Baugewerbe mit 111 Kämpfen 29 080 beteiligten Personen, dann folgt die Holzindustrie mit 809 Kämpfen und 15 194 Beteiligten, die Metallindustrie mit 240 Kämpfen weit jedoch mit 34 648 Personen die höchste Beteiligungsziffer auf. Die Kleidungs- und Lederindustrie weisen 163 Kämpfe auf, stehen aber mit den 24 580 Personen an dritter Stelle der Beteiligungsziffern. Den geringsten Anteil an den Kämpfen hat das graphische Gewerbe mit 20 Kämpfen und 935 Beteiligten.

Beteiligt waren 92 091 männliche und 10 518 weibliche Personen, von denen 83 421 bzw. 5 588 gewerkschaftlich organisiert waren. Die Verluste an Arbeitszeit betragen rund 2 045 000 Tage, am Verdienst nahezu acht Millionen Mark. —

Die Angriffsstreiks haben mit 678 gegenüber 1835 im Jahre 1907 einen Rückgang von 61 Prozent erzielt, erfolgreich endeten 48,0 Prozent, teilweise erfolgreich 25,8 Prozent und erfolglos waren 24,5 Prozent. Die Bahnen weisen eine geringe Ver schlechterung gegenüber 1907 auf, sie stehen unter dem Durchschnitt der letzten 9 Berichtsjahre, sind jedoch noch erheblich günstiger als in den Kreisjahren 1901 und 1902.

Die Abwehrstreiks weisen mit 1 117 gegen 824 des Jahres 1907 eine Verminderung um 33,9 Prozent auf. Die Zahl der Beteiligten stieg mit 38 120 Beteiligten jedoch nur um 8,3 Prozent. Erfolgreich endeten 47,0 Prozent, teilweise erfolgreich 12 Prozent, erfolglos 36,7 Prozent. Auch von den Erfolgen der Abwehrstreiks gilt das von den Angriffsstreiks Gesagte. 573 Streiks mit 16 980 Beteiligten mussten um Zurückweisung von Lohnreduktionen geführt werden, die zu 47,7 Prozent erfolgreich und zu 10,5 Prozent teilweise erfolgreich beendet wurden. In 17 Fällen fanden Streiks wegen Misshandlungen statt. Nebenbei bestechend für unser herkömmliche Gesellschaftsordnung ist es, daß bei der erschreckenden Arbeitslosigkeit des Jahres 1908 nach 37 Streiks geführt werden mußten — mit einer Verlängerung der Arbeitszeit abzuwenden! In 18 Fällen = 48,0 Prozent war es leider nur möglich, solche, allen Vernunftgründen hohnsprechenden, Maßnahmen aufzuweisen. In vier Fällen wurde nur ein teilweise Erfolg erzielt und in 15 Fällen war die Abwehr der Arbeitsverlängerung erfolglos. In 16 Fällen mußte gegen den Unternehmer verlangt werden, die Leidenschaften der Arbeitnehmer gelöscht werden, die leider den geringsten Erfolg aufzuweisen hatten.

Die Aussperrungen sind ungefähr im gleichen Verhältnis wie die gesamte Zahl der Kämpfe zurückgegangen. Es wurden 257

ausschusses noch 12 000 Mt., um die Werkstätte zu imprägnieren, da die helle Atmosphäre sehr zerstörend auf die Sandsteine einwirkt.

Die Einrichtung der geplanten Schule soll baldmöglichst erfolgen und zwar in Hattingen, Blüggenbortmund, Hamm, Giershagen, Steele, Viers und Wicklighausen. Von verschiedenen Werkstätten wird die Angelegenheit als sehr dringend und notwendig bezeichnet, damit besonders für das Bergbaurevier Dortmund und Oberhausen eine Entlastung eintritt.

4. Worschläge des Sitzungsausschusses:

Es ist die Frage zu beantworten, ob die Knappenschaftliche Versicherungspflicht bei den im Holzmagazin der Zeche Gauld beschäftigten Arbeitern verneint werden kann. Der Sitzungsausschuss hat gestimmt auf § 171 die Verjährungsfrist ausgeschlossen. Er wünscht aber, dass die Angelegenheit im Instanzenweg verfolgt werde. Der Vorstand schließt sich dem an. Weiter ist festzulegen, ob jedesmal die Entscheidung des Vorstandes erforderlich ist, in denjenigen Fällen, wo auf Antrag des Werkleiters und der Beamten und Arbeiter von Nebenanstalten welche der Rücksicht der Bergbehörde nicht unterstehen Aufnahme gewünscht wird. Da es sich um Erweiterung des Kreises der Versicherten handelt, wird beschlossen dem Vorstande die Entscheidung in vorerstigen Fällen zu überlassen.

Dienstigen Mitglieder, welche unter der Sitzung vom 1. Januar 1900 und der Zwangssitzung vom 1. Januar 1900 zum Militär eingezogen wurden, haben, wenn dieselben nicht sofort die Bergarbeit aufzunehmen, das Heereschutzenabzeichen 15 Wochen zu entrichten, auch wenn solche kein Dienstalter von fünf Jahren nachweisen können.

Die weitere Frage, wie die zum Militär eingezogenen Mitglieder nach der jetzt geltenden Sitzung zu behandeln sind, wird vertagt und soll die Verwaltung dem Sitzungsausschuss hierüber ein ausführliches Gespräch überreden.

Bei einer Berichterstattung in Kessengen angelegtenheiten wird dem Vorstande von der Verwaltung empfohlen, folgende Beamte zu ernennen: Vorsitzender und Korte und als Stellvertreter Zimmer.

5. Worschläge des Sitzungsausschusses. Das Krankenhaus in Wanne beantragt eine Erhöhung des Pflegelages. Bis jetzt wurden 250 Mt. pro Tag gezahlt, dagegen die übliche Behandlung und die Badekosten, sowie die Miete für das Arztzimmer noch besonders von Verein getragen. Einer Erhöhung wird unter diesen Umständen nicht zugestimmt.

Dem deutschen Verein gegen den Missbrauch geistiger Getränke werden 200 Mt. als Jahresbeitrag überlassen.

Eine Revision der Heilstätte in Bergkamen und des Vereinsheims in Volmarstein hat am 12. und 13. August stattgefunden. Die Kommission berichtet darüber zufriedenstellend. In Volmarstein soll eine gemeinsame Wascheinrichtung geschaffen werden.

Von den Pfleglingen ist der Wunsch vorgebracht, auch ihnen, gerade wie den Pfleglingen in Bergkamen, das ganze Krankengeld zu zahlen.

Dieser Antrag wird grundsätzlich abgelehnt, weil nach den Sitzungen nur bei Durchführung eines Heilversfahrens im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes ganzes Krankengeld gewährt werden kann. Sollten in einzelnen Fällen solche Verfahren in Volmarstein zur Durchführung gelangen, so soll von Fall zu Fall hierüber entschieden werden, ob ganzes Krankengeld gezahlt werden kann oder nicht. Die Unterbringung soll bei Beurichtigungen der anderen Pfleglinge vorzugehen, erst nach Beendigung respektive Entlassung erfolgen. In Bergkamen waren die Pfleglinge mit der Verpflegung zufrieden. Ein Pflegling hat sich darüber beschwert, dass auf der unteren Haussieghalle der Tagessraum stets verschlossen sei. Die Kommission hat festgestellt, dass ein Tagessraum als Schreibzimmer dient und stets gebraucht ist, auch während ihrer Ruhezeit benutzt wurde. Der zweite Tagessraum wird angeblich nur bei gutem Wetter geschlossen gehalten. Andere Pfleglinge hatten gewünscht nach sechs bis sieben Wochen freizulaufen zu werden. Von den anwesenden Pfleglingen sind dieselben darauf hingewiesen worden, dass eine Beurlaubung nur in ganz dringenden Fällen (Zodesfall oder dergleichen) statzindien kann. Auch hält es der Sitzungsausschuss für zweckmäßig, die überwesenden Mitglieder durch die Werkstätten darauf aufmerksam zu machen, dass beratende Anträge durch die Hand des Werkstätten zu erfolgen hätten.

Der Güterspänner-Stortschlag hat gebeten von seiner 4000 Mt. betragenden Rauktion 2500 Mt. freizugeben, da er in Zahlungsschwierigkeiten geraten sei.

Bei Nichtbewilligung bittet er, ihn möglichst bald von seinem Nachschluss zu entbinden. Nach Mitteilung der Verwaltung wird das Gut ordnungsmäßig verwaltet durch den jetzigen Besitzer. Auch wurde in der Zwangssitzung durch die Verwaltung bekannt gegeben, dass der Antrag auf Löschung des Verhältnisses zurückgezogen habe. Im weiteren wird noch beschlossen für die Pfleglinge in Volmarstein eine Regelbarkeit anzulegen, der Kostenabschlag steht hierfür 1800 Mt. vor.

6. Für den verstorbeneen Werkstätten W. Hartmann wird der Werkstättenpräsident als ordentlichen Mitglied in den Vorstand berufen, ebenso als stellvertretendes Mitglied in den Geschäftsausschuss Gelsenkirchen. Als stellvertretendes Mitglied in den Sitzungsausschuss wird Fischer-Dortmund und in den Ausschuss Karlsruhe-Wilmersdorf gewählt.

7. Überarbeitige Regelung der Wertungsverhältnisse des Apothekers Krone. Da der Antrag bereits in der Sitzung vom 8. Juli 1900 mit Stimmgleichheit abgelehnt war, so wird auf Antrag Krone die Angelegenheit bis zur Statsberatung zurückgestellt.

Unter 8 wird der Bericht über die Nachprüfung der Jahresrechnung durch Herrn Kleine entgegenommen und soll der Ausschuss zur Prüfung der Sache geladen werden.

Unter 9 werden die Herren Dr. Weidtmann, Lütgen, Kleine und Schulte-Bellinghaus von Seiten der Werksvertreter und Juengensbut, Fischer, Korte und Kasse von Seiten der Arbeitervertreter in die Kommission zwecks Steuerung der Gehaltsverhältnisse der Knappschaftsbeamten gewählt. Nach Angabe der Verwaltung soll die Kommission gemeinsam mit der Berufsgenossenschaft, welche auch eine diesbezügliche Kommission gewählt hat, tagen. Hier soll es sich hauptsächlich um die Aufbesserung der unteren und mittleren Beamten handeln.

10. Der Protest gegen die Werkstättenwahl im Sprengel 254a wird als unbegründet zurückgewiesen.

Die Punkte 11 der Tagesordnung, Neuerleihung der verlorenen Wahlurkund und 12. Anträge auf nachträgliche Annahme des Feierabendgelbes; 13. Niederschlagung überhobener Rentenbezüge; 14. Abstandnahme von dem Einwande der Verjährung, werden genauso den Beschlüssen der einzelnen Geschäftsausschüsse gutgeheissen.

Die Neuwahl für den verstorbeneen Werkstätten W. Hartmann soll, da kein Stellvertreter vorhanden ist, am 30. Oktober d. J. stattfinden, ebenso sollen die noch näher bekanntzugebenden Neuwahlen an diesem Tage erfolgen.

Eine Nachprüfung der Invalidenrentner.

Die "Norddeutsche Knappenschaftspensionsklasse" berichtet:

Nachdem im Laufe des Sommers 1900 in 50 Terminen 575 Invalidenrentner und durch Einzeluntersuchungen in 34 Invalidenrentner einer Nachprüfung unterzogen worden sind, ist nunmehr in der Nachprüfung eine Pause eingetreten, um den Schiedsgerichten die Erledigung der zahlreich eingelegten Berufungen zu ermöglichen. Denn fast in allen Fällen, in denen eine Rentenentziehung ausgesprochen werden musste, ist Berufung gegen den Entziehungsberechtigten eingetragen worden. In 37 Terminen war ein Kreisarzt, in 13 Terminen ein Knappenschaftsarzt untersuchender Arzt; in 16 Terminen war der erste Direktor der Pensionsklasse amwohnd. Die Termine fanden statt: Acht in Tecklenburg, sechs in Münster, vier in Silvertshütte und in Schüttorf, Bielefeld und Höhenmoor, ein in Werl, ein in Dürrenberg, Granschütte, Westerwelt, Theerwig, Drolshig, Wildemann, Lautenthal, Hoy, St. Lamberti und Schmalenberg.

Die Nachprüfung der Renten wurde so gehandhabt, dass alle Invalidenrentner eines Bezirkes, mit Ausnahme der ganz alten und derjenigen, bei denen eine Besserung unmöglich erschien (z. B. Blindheit, Verlust von Gliedmaßen usw.), zu den Terminen vorgeladen wurden. Der weiterliegende Bericht weilt dann fest, ob und in welchem Umfang eine Besserung im Sinne des Rentners bis zur Gewerbsfähigkeit eingetreten ist. Wurde die Besserung bestätigt, dann gab er ein ausführliches und begründetes Gutachten ab, woraus der Vorstand der Pensionsklasse entschied, ob die Rente zu entschonen sei oder nicht. Dabei war natürlich nicht der Rentsatz maßgebend, möglichst viele Renten zu ersparen, sondern Rücksände zu verhindern, also nur den Renten die Renten nicht mehr zu belasten, die keinen Nutzen darbrachten.

Diejenigen Invalidenrentner, die infolge der Lage ihres Wohnortes nicht zu diesen Terminen vorgeladen werden konnten, wurden einzeln auf besondere Anträge durch den zuständigen Kreisarzt oder Knappenschaftspräsidenten bestanden, wurde durch Anträge bei der Rentenabteilung

im großen und ganzen haben sich die nachuntersuchenden Organe und der Rentenklassenvorstand des Einbrücks nicht ernehten können, da der Berichterstattung von Bergbauarbeiten keine Rechtfertigung, nicht immer mit der nötigen Objektivität und Gerechtigkeit verfahren wird. In einzelnen Fällen erschien ein Rentner auch sehr bei der Nachuntersuchung noch nicht gesund. Die Rente musste sich aber belassen werden, weil eine Besserung nicht nachzuweisen war, der Rücksatz vielmehr derselbe war wie bei der Rentenbewilligung. Nur war die Belehrtheit der Gewerbsfähigkeit nicht so hoch, wie der Urteil bei der Rentenbewilligung angenommen hatte. Eine Rentenentziehung kann aber nur erfolgen, wenn eine Besserung im Zustande des Rentners nachgewiesen wird.

Natürlich ist bei Rentenentziehungen vorstichtig verfahren und nur dann die Rente entzogen werden, wenn der nachuntersuchende Arzt eine erhebliche Besserung feststellt und der Rentenklassenvorstand selbst die Überzeugung gewinnt, dass der Rentner die Rente nicht mehr erhalten darf. Fast gegen alle Rentenentziehungen beschließt es ist zu erwarten, dass ein Teil der entzogenen Renten wieder bewilligt wird. Auch werden in manchen Fällen innerhalb absehbarer Zeit die entzogenen Renten wieder bewilligt werden müssen, weil die festgestellte Besserung nicht von Dauer gewesen ist; immerhin wird ein großer Teil der Renten bauern und weniger langen Zeitraum bleiben.

Dennoch ist sich der Vorstand der Pensionsklasse der Pflicht, die Nachprüfung der Invalidenrentner fortzusetzen, nicht entzogen. Diese Nachuntersuchungen bringen nicht nur den Vorstand, das Rentenamt, zu deren Bezugspunkten eine Besserung nicht mehr vorsieht, nicht weiter geahndet werden, sie geben auch dem Vorstand Gelegenheit, in den Werken, Färberei zu nehmen und selbst die Untersuchungen beaufzuhören. Dies ist natürlich für ihn sehr wichtig und lehrreich, da er sonst die Rentner nicht zu sehen bekommt. Leider haben die bis jetzt in Frage kommenden Knappenschaftsvereine, bis auf den Kuhalter Knappenschaftsverein, keine Mitwirkung bei den Nachuntersuchungen abgelehnt. Obwohl die Frage zu erörtern, ob nicht eine Verpflichtung besteht, dem Gründer der Pensionsklasse zu entsprechen, hat lehrreich auf die Mitwirkung verzichtet. Nur die Unhaltbare Knappenschaftsvereine war in den Terminen vertreten — und das war für alle Betriebsgruppen angenehm. Die genauen Sach- und Personenkenntnisse des Verlustvertreters hat die Nachprüfung außerordentlich erleichtert; er war auch in der Lage, die Interessen des Vereins und der Rentner zu wahren und für seine eigenen knappenschaftlichen Interessen reichhaltiges Material zu sammeln — alles Dinge, die unseres Erachtens alle Knappenschaftsvereine veranlassen müssten, an den Nachprüfungen sich zu beteiligen.

Das bisherige Ergebnis der Nachprüfungen ist folgendes: Es sind im ganzen 600 Invalidenrentner nachgeprüft worden. Davon behielten 388 die Rente, 178 wurden die Rente sofort entzogen, für sieben wurde ein Heilversfahren eingeleitet und bei 43 wurde eine Beobachtung im Krankenhaus beschlossen. Das Ergebnis nach Abschluss dieser Beobachtung stellt sich folgend dar: Von 600 Rentnern ist in 199 Fällen (32,88 Proz.) die Rente entzogen worden in Jahresbeträge von 87871,40 Mt. (eine Rente 190 Mt.), und zwar entfielen von den Entziehungen 140 auf den Halschalen, 44 auf den Haupt, 28 auf den Lubitschischen, 11 auf den Hohesfelder, 8 auf den Altenburger, je 2 auf den Thüringischen und Thiede und je 1 auf den Mansfelder, Unterharzer, Helmstedter und Salzungen Knappenschaftsverein.

Bestimmte Mitteilungen über die Anzahl der eingezogenen Renten müssen noch nicht gegeben werden, da für viele Sachen die Berufungsfest noch nicht abgelaufen ist. Dies wird erst in der Oktobernummer geschehen können.

Die einfache Tatsache, dass die "Norddeutsche Knappenschaftspensionsklasse" selbst sagen muss, dass eine Anzahl der entzogenen Renten wieder bewilligt werden müssen, charakterisiert den Fischzug so, dass sich jedes weitere Wort erübrigert.

Berbandsanträge in der Wurmknappe.

Unter von uns gebrachten Anträgen zur Verbesserung des Wurmknappestatus sind noch folgende Anträge zu § 10a des Statuts nachgetragen:

In § 10a ist folgendes zu bestimmen: 1. Alle ärztlichen Alters, einschließlich Anlegeatteste, sind den Mitgliedern — auch den neu anzulegenden — unentgeltlich zu verabfolgen.

2. Chorale, sowie die unter 14 Jahre alten Kinder der Knappenschaftsmitglieder erhalten in Krankheitsfällen freie ärztliche Behandlung und Arznei, einschließlich Bahnhof, Brückbänder, Wollseide und sonstige Heilmittel.

3. Eltern und Geschwister und sonstige im Haushalt der Knappenschaftsmitglieder sich befindliche Personen, welche den Haushalt der Knappenschaftsmitglieder führen, findet vorstehende Bestimmung ebenfalls Anwendung.

Mitstände auf den Gruben.

Oberbergamtbezirk Dortmund.

Zeche Baader Mulde. In einem Bericht dieser Grube brannen die Lampen nicht. Die kleine Wendung kam, beschwerde sich ein Arbeiter über die schlechten Bedingungen bei der königl. Bergbehörde. Diese hat dann das Meister befahren. Kurz nachher wurde der Beschwerdeführer unter Anklage des Verwaltungsvorstandes verhaftet und unter Auszehrung von sechs Schichten plötzlich entlassen. Das ist allerdings die bequemste Art sich die Beschwerdeführer vor der Hölle zu schaffen. Ob es dadurch aber besser wird, in der Grube, das ist stark zu bezweifeln.

Zeche Constantin. (Berichtigung.) Wir ersuchen Sie unter Berufung auf § 11 des Reichspräfektes, nachstehende Berichtigung der in Nr. 81 der "Bergarbeiter-Zeitung" Seite 5 unter dem Kürmwort Zeche Holland veröffentlichten Notiz ersuchen wir Sie unter Berufung auf § 11 des Reichspräfektes in die nächste Nummer Ihres Blattes einzufügen: Es ist nicht richtig, dass der auf Zeche Holland, Schacht III und IV verlegte Hauer Stratum allein an der Arbeitsstelle beschäftigt war; in gleicher Weise arbeiteten noch zwei weitere Hauer. Es ist ferner nicht richtig, dass keine Tragbahre vorhanden war; richtig ist vielmehr, dass in unmittelbarer Nähe der Unfallstelle eine Tragbahre sich befand. Stratum ist ausdrücklich verlangt, in einem Förderwagen transportiert zu werden. Ergebnis! Phoenix Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, Abteilung Bergwerksverwaltung. (Name unleserlich.)

Zeche König Ludwig. Auf der Schachtanlage IV und V der Gewerkschaft König Ludwig ereignete sich am Montag den 30. August im Stiegen VII, Flöz Paul, ein schweres Unglück, indem eine Strecke zu Bruch ging und zwei Arbeiter unter sich begaben. In kurzen Augenblicken wollte der Unfall erweitern. Sämtliche Strecken in diesem Stiegen befinden sich in einer sauberen Verfassung. Es kommt vor, dass fünf bis sechs Kappen hintereinander gebrochen sind. An Verbauen wird nicht gedacht, denn die Hauer haben nur ein reines Kohlenbeding. Sie bekommen für das Verbauen keinen Bezug. Nur die Folge ist, dass eine Strecke nach der andern zu Bruch geht. So entstand in letzter Zeit ein Bruch. In diesem mussten drei Partien acht Tage lang arbeiten, ehe sie ihn aufgeräumt hatten. Außerdem herrschte ein stetiger Holzmangel, besonders in Schalbälzern und Spalten. Es wird nur nach Holz gefordert, und die Hauer müssen mit dem wenigen, welches sie morgens bekommen, zufrieden sein. So kommt es oft vor, dass man Stundenlang ohne eine Pumpe Holz ist, dann heißt es entweder mit Lebensgefahr arbeiten, oder man verdient nichts. Auch gegen die inhumanen Behandlung des Steigers Schröder müssen wir entschieden protestieren, welche denjenigen, der seinen Befehl nicht ausführt und auf Kommando keine Überlebenshilfe verfährt. Der Rentner hat nichts zu lachen, entweder er kommt vor eine schlechte Arbeit, oder der Steiger sängt ihn auf eine andere Art und Weise. Den Kameraden von Süderwick können wir nur raten: Legt eure Schlafmöglichkeit endlich ab und schließt euch dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands an, denn nur eine starke Organisation ist im Stande bessere Zustände zu schaffen.

Zeche Langenbrühm. Das rigorose Bestrafen wegen Ladens unter einer Kiste oder Wundermaz nimmt hier seinen Fortgang. Dabei werden bei weitem nicht alle Straßen den Arbeitern bekanntgegeben. Es am Sonntag, wenn sie einen Blick ins Lohnbuch werfen, sehen sie die Bestrafungen am Stiegenende, und zwar wegen Überlebenshilfe zu Güten, welche die Schiedsgerichte nicht möglichen noch beschwerde zu führen, weil eine Kontrolle nicht mehr möglich ist. Wir haben auf diesen Bruch schon hingesehen, eine Rendierung ist aber bisher nicht eingetreten. Das Gedränge steht so niedrig, dass die Arbeiter liebst so bei der größten Anstrengung nichts verbrechen können. Dazu kommen dann noch die hohen Strafen. So wurden vom 13. Juli bis zum 12. August 484,50 Mt. Strafen verhängt. Die Grubenherren glauben während der Zeit sich alles erlauben zu können. Wie lange noch wird die Schachtdeild der Bergarbeiter das alles ertragen?

Zeche Mont Cenis, Schacht II. Es ist gefährlich, beim Schichtwechsel auf der dritten Sohle den Weg zum Schacht zu passieren. Bisher kommt die Lokomotive mit 20 bis 30 Wagen den Kumpels entgegen und Bruder Kumpel ist gezwungen, in den Wassergruben zu klettern. Kommt man nun zum Querschlag, so versperrt ein voller Zug den Querschlag. 30 bis 50 Wagen warten hier schon. Aber gleichzeitig kommt auch gewöhnlich ein leerer Zug vom Schacht. Da nun an dieser Stelle nur ein Gleis ist, wird erst regelrecht rangiert. Dann müssen die Kameraden über leere und volle Wagen klettern. Das Zugpersonal ist auch sehr rücksichtslos. An solchen gefährlichen Stellen wäre es doch wohl angebracht, die Förderung fünf Minuten vor Schichtwechsel einzustellen. Wenn nun die Kameraden den nächsten Zug zur Sammelstelle machen wollen, gehen sie mit ihrem stumpfen Gezähne am Schacht vorbei. Hier werden die Leute aber gewöhnlich von einem Steiger angehalten und zurückgetrieben. Dann sind die Leute gezwungen, den Weg durch den Rettungswegschlag zu machen. Mancher, der einen frischen Stock hat, verpasst das dadurch. Beweist sei noch, dass die genannte gefährliche Stelle kurz hinter dem Gejoch-Magazin ist. Die Bergarbeiter ersuchen die Verwaltung dringend um Abhilfe.

Zeche Shamrock, Schacht I und II. Hier gehen die Förderwagen so schwer, dass oft zwei Mann dieselben nicht forschließen können. Die Ursache liegt darin, dass die Wagen nicht geschmiert werden. Ob die Verwaltung ein Einschrein hat, dass hier Menschen und Pferde geholt werden müssen? Wir hoffen das.

Zeche Westende. 1143,50 Mt. Strafgelder in einem Monat! Eine standige Kritik der Klagen der Bergarbeiter bildet das Strafsystem auf den Zechen. Mehr oder weniger leiden alle Bergarbeiter hierunter. Besonders "Stratum" in Bergkamen in Verhängung von Strafen ist auf den Zechen. Siehe, Schacht IV, den sogenannten "Port Achter". Auf diesem Blatt sind im vergangenen Monat August nicht weniger wie 1143,50 Mt. Strafen verhängt worden. Auf Jahr berechnet, bringt das ein Strafkonto von über 13 000 Mt. für einen Schacht. (1) Es ist unglaublich, welche Summen auf diese Weise den Arbeitern entzogen werden. Neben der Häufigkeit der Bestrafungen ist es auch die Höhe der Strafen, die auffallen muss. Ganz selten werden Strafen von 1 Mt. verhängt. Doch in den meisten Fällen kommen 2 oder 3 Mt. in Aussicht. Da häufig auch noch darüber hinaus. Im einzelnen gestaltet sich die Erzielung des obigen Strafspektrums für August wie folgt:

Am 2. August wurden bestraft	1 Mann mit 8,- Mf.	= 8,- Mf.
3.	10 " " 1,50	= 18,- "
4.	6 " " 2,-	= 12,- "
5.	2 " " 1,50	= 8,- "
6.	1 " " 2,-	= 2,- "
7. (Schabenerg.)	1 " " 10,-	= 10,- "
8.	7 " " 3,-	= 21,- "
9.	50 " " 2,-	= 118,- "
10.	8 " " 8,-	= 9,- "
11.	18 " " 8,-	= 80,- "
12.	14 " " 2,-	= 28,- "
13.	5 " " 5,-	= 25,- "
14.	1 " " 2,-	= 2,- "
15.	88 " " 2,-	= 76,- "
16.	95 " " 2,-	= 190,- "
17.	1 " " 2,-	= 2,- "
18.	4 " " 8,-	= 12,- "
19.	6 " " 8,-	= 18,- "
20.	1 " " 2,-	= 2,- "
21.	12 " " 2,-	= 24,- "
22.	5 " " 2,-	= 10,- "
23.	1 " " 4,-	= 4,- "
24.	128 " " 1,-	= 128,- "
25.	81 " " 2,-	= 82,- "
26.	7 " " 2,-	= 14,- "
27.	8 " " 2,-	= 6,- "
28.	17 " " 2,-	= 84,- "
29.	188 " " 2,-	= 266,- "

Also 608 Bestrafungen in Höhe von 1148,50 Mf. wurden auf einem einzigen Schacht in einem Monat über die dort beschäftigten Arbeiter verhängt! Ob die Verteidiger der in den Gruben herrschenden Praktiken sich auch wohl schon einmal um ein solches Strafregister bemühten? Wohl kaum, denn sonst müssten ohne weiteres aus den Verteidigern öffentliche Anklagen werden. Ihr Bergarbeiter! Hünen in den Verbund! Das ist der einzige Weg, um euch gegen Wolltüt zu schützen.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Nippe.

Beche Osthain (Hessen). Ein schweres Grubengeschäft ereignete sich am 15. September auf dieser Beche. Dort wird unterirdisch eine neue Anlage (Doppelstrecke und Brummburg) nach einem 80 Meter höher gelegenen Stöß getrieben. Die Doppelstrecke war bereits 100 Meter lang getrieben, als sich Wasser tröpfeln arbeitete man aber ruhig weiter, das schwere Geschäft zögerte nicht aufzutreten. Heute in der Mittagszeit hatten aber die Kameraden schon schwer mit der Wassergefahr zu kämpfen und als die Mittagszeit kam, sollten nun schnellstens Vorsichtsmaßnahmen eingehalten werden. Als dann sieben Männer und der Steiger bei dieser Arbeit waren, stiegen plötzlich solche Wassermassen aus der Friste, daß zwei paar Männer starben und sämtliche Kameraden mit fortwährt. Alles war totstill, nur das riesige Gewebe des Wassers und der mitfliegenden Kohle war zu hören. Die Situation wurde noch verschärft, weil sämtliche Lampen verschüttet waren. Erst als der achte Kamerad mit Sola herbeikam, welches noch zum Schnell dienen sollte, wurden wir aus unserer gefährlichen Lage befreit. Der Kamerad Sola war leider tödlich verunglückt und starb schon eine halbe Stunde später im Knappett. Eine schwere Eichenlappe hatte denselben getroffen, außerdem waren noch ein schwer Verletzter und zwei leicht Verletzte zu verzeichnen. Auch hier war alles in bester Ordnung? „Macht Ihr sechs Meter, dann bekommt Ihr sechs Mark und macht Ihr einen Meter, dann gibt es eine Mark!“ So steht es. Ob aber dabei ordentlich gearbeitet werden kann, ist unbekannt. Offiziell nimmt sich die Bergbehörde dieser Blüte einmal gründlich unter die Lupe. Aber du lieber Gott, wann steht man denn eimal diese Herren? Auch die sanierten Vorrichtungen spotten der Beschreibung. Kein Glümmen für Verletzte, keine Krankenbahre, viel weniger ein Handtuch! Hätte man das Wasser richtig angehobt und ablaufen lassen, wären Menschenleben verschont geblieben. Bergbehörde, suchst den Schuldigen, er ist zu finden!

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Gentelsteine bei Senftenberg. So ungern es auch der Direktor dieses Werkes sieht, wenn Mißstände auf dem Werke in der Öffentlichkeit gezeigt werden, so wird doch weiter auf Klagen nichts geändert, als daß man den Entbremsfeld entlädt. Von einigen Beamten ist die Behandlung einer derartigen, daß es jeder Beschreibung spottet. Wie empfehlen ganz besonders dem Aufseher August Dössel, fauliges Umgang mit Menschen! Die Bedinge hat man in leichter Zeit bedeutend reduziert, zum Teil sogar ohne den Kameraden vorher davon etwas mitzuteilen. Man zieht am Sonntag eben weniger aus. Die Lohnzahlung wird ebenfalls nicht korrekt durchgeführt. Während früher die Anzahl der geförderten Wagen und Nebenarbeiten, sowie die Gedinge und der Lohn dafür angegeben waren, stehen jetzt nur die Lohnsumme, Strafen und diverse andere Abzüge auf der Lohnliste. Das dadurch ein Teil der Kameraden außerstande ist, den Lohn nachzurechnen, ist selbstverständlich.

Königreich Sachsen.

Ida-Helenenschacht bei Röddely. Von nachstehenden Orten sind Kohlenhunde mit Bergen vorgefunden worden und wurden die Ortsbestrafungen mit je 50 Pfsg. pro Hund bestraft:

A-Drittel			B-Drittel		
Orts-Nr.	Hunde	Anzahl der	Orts-Nr.	Hunde	Anzahl der
55	1	47	2	86	2
45	1	86	1	5 b	1
47	2	50	1	42	2
80 a	1	30 b	1	43	1
85	2	145	1	46	8
86	2	45	1	47	8
87	3	42	1	51	1
50	1	148	8 (Gummierungsstück)	1	2
		51	1	51	1
		80 a	1	52	1
		81	1	30	2
		50 a	1	30 a	1
		9	1	31	1
		5 b	1	31	1
		6	2	33	5
		12	1	34	3
				37	2
				50	4
				50 a	1
				50 b	2
				8	1
				14 b	1
				18 b	5
				16	1
				5	1
				18	1

Vorstehende Wagenzahlen sind auf Ida-Helenenschacht in Schönborn in dem Zeitraum von 24 Stunden am 13. August 1909 gemäß worden und jedem Arbeiter der betreffenden Dörfer wurden außerdem für jeden Wagen 50 Pfsg. Strafe auferlegt.

Oberbergamtbezirk Breslau.

Bismarckshacht. Ein äußerst tüchtiger und schnödiger Beamter ist der Fahrer der Bänks in der 9a-Abteilung. Dieser Mann scheint seinen Ausdrücken und Handlungen nach zu urteilen, erst vor kurzem eine Menagerie verlassen zu haben, anderthalb könnte man die Liebenswürdigkeiten, die er fortwährend den Arbeitern an den Kopf wirkt, nicht verstehen. Ausdrücke, wie: Verschleierte Bande, verschleierte Schlepperjungen, verschleierte Leistung, verschleierte dumme Gesetze usw., sind bei ihm zu jeder Minute auf Lager. Doch nicht nur dieses, unser lieber Bänkisch kann noch mehr. Klarlich feierte der Sohn dieses liebenswürdigen Herrn seine Hochzeit. Als nun Bänkisch wieder zur Grube kam, fühlte er sich höchst stark, die Arbeiter leisteten ihm alle zu wenig und um sie mehr anzuspornen, schlug er einen Schlepper mit dem Meterstock so ans Bein, daß eine blutende Wunde zurückblieb!!! Wie man sieht, haben die Bergarbeiter der Fuchsgrube weit gebracht. Lohnreduzierungen und Strafen über Strafen als dritte Wolltüt kommen jetzt noch Prügel dazu. Was wollt ihr noch mehr, ihr Bergarbeiter?

Hermisdorf. Ein Pfleiseinfluss ereignete sich in der dritten Abteilung des Bergbauschachtes. Zum Glück war der Pfleiss gerade nicht

in Betrieb, sonst hätte es eine Anzahl Menschenleben gekostet, so aber liegt nur der Boden mit sämtlichen Blumen unter den Trümmern begraben. Da die ganze Sohle 80-100 Meter auf einmal abgebaut wird, sollte man meinen, wäre die Arbeit unter Beobachtung aller erdenklichen Vorsichtsmassregeln vor sich gegangen. Leider scheint man hier alle Vorsicht außer Acht gelassen zu haben, indem wohl eine Mauer mitgeschafft, hinter dieser aber der ungeheure Raum leer blieb und zum Überfall die Mauer immer wieder hinter weggenommen und vorne neu errichtet wurde. Hatte man die Mauer stehen gelassen und den Raum mit Bergen versezt ausgefüllt, so konnte der Pfleiss nicht zu Bruch gehen, was ein sicheres Arbeiten zur Folge gehabt hätte.

Magnische Gruben. Ein Schwefelwesen, wie es seltsam gleichen sucht, wird jetzt auf der Kubengruben betrieben. Wegen Feiertags ohne Urlaub, wegen Nichtverfahrens von Sonntagschichten (1) werden Strafen von 50 Pfsg. bis zum halben Schichtlohn, was meistens der Fall ist, verhängt. Die Brutalität geht schon so weit, daß Leute, welche in der Blumerung sind und nach Ansicht eines liebenswürdigen Beamten zu wenig geleistet haben, wegen Faulheit mit dem halben Schichtlohn bestraft werden! Wirb von einem Beamten begutachtet, daß die Wagen zu schlecht gefüllt oder zu viel Steine oder Staub darin enthalten sind, so werden, was einer indirekten Gedingereduzierung gleich kommt, zwei bis zehn Rentner pro Schicht vom Gewicht gestrichen. Die Gedinge sind heute auf diesen Werken so gestellt, daß fast kein Mensch mehr etwas verdauen kann. Bleibt man in Betracht, wie hier die Gedingemacherei betrieben wird, so braucht man sich nicht zu wundern, daß es so ist. Kommt der Betriebsführer anfangs des Monats vor Ort, so sagt er ganz einfach zu dem ihm begleitenden Obersteiger: Hier steht es so und soviel für den Wagen, und ehe die Arbeiter auch nur etwas darauf erwidern können, ob sie damit einverstanden sind oder nicht, ist er schon wieder verschwunden, um vor einem andern Ort dieselbe Gedingemacherei zu betreiben. Trotz der Gedingereduzierungen werden noch massenhaft Lieberschichten, besonders bei der Mittagschicht, verfahren. Könnten früher bei solchen halben Lieberschichten die Arbeiter schon um 2 Uhr nachts ausfahren, so hat man jetzt noch um eine Stunde die Schicht verlängert, erst um 3 Uhr dürfen diese Leute heraus. Trinkfässer sind wohl vorhanden, doch fehlen die Trinkbecher. Die Leute sind gezwungen, wollen sie den Durchlaß, den Hahn in den Mund zu nehmen, was doch gesundheitsschädlich ist. Durch den Grubenabbau wird bekanntlich in den meisten Fällen der nächstliegenden Auwohner das notwendigste Wasser entzogen. Dasselbe ist auch auf die ebenfalls dem Gruben Magni gehörenden Johann-Baptista Grube in Schlegel der Fall. Statt nun diesen Leuten kostlos Trink zu beschaffen, müssen sie für das von dem Werk bezogene Wasser pro Fahrt 5 Pfennig bezahlen, was für die Grube ein ganz schönes Geschäft bedeutet. Hauptsächlich tragen diese Leute dazu bei, daß die Grube auf diese Nebenkostnahme verzichtet. Sind doch die Arbeiter durch die vielen Förschichten schon schlot genug gestetzt und sind selbst absolut nicht gewillt, für diese neue Wohltat sich zu bedanken, ähnlich wie es der Facharbeiter Strauch bei gleichen Unfällen tut.

Welschloge. Wir Deutschen fliechten Gott und sonst, außer den Sozialdemokraten, nichts mehr auf der Welt. Diesen Ausspruch scheint sich auch der Bergverwalter Pässler zu eigen gemacht zu haben. War er es doch, welcher vor einiger Zeit einem um Beschäftigung nachsuchenden Arbeiter diese bange Frage: „Na, hoffentlich sind Sie kein Sozialdemokrat?“ entgegengestellt. Sollte Herr Pässler dem Wahne verfallen sein, dadurch das Werk vor den roten Seuchen bewahren zu können, so bedauern wir ihn. Wir sind der Meinung, daß die heute auf oben genannten Schacht herrschende Zustände geahnt sind, selbst die gebildigsten Schäfchen zu Sozialdemokraten zu machen. zunächst sind es die östlichen Lohnreduzierungen, welche die Unzufriedenheit tipps emporwirken lassen. Nach diesen zu urteilen müßte das Werk in der größten Krise stecken, denn ist aber nicht so, werden doch massenhaft Lieber- und Weißschichten verfahren. Besonders schlimm mit diesem Unwohlstand ist es über Tage. Dort werden von einzelnen Arbeitern bis neun Schichten die Woche verfahren. Selbst jugendliche Arbeiter werden oftmal von dieser Wohltat beglückt, was folgender Fall beweist: Am 26. August fuhr ein tausend 14-jähriger Arbeiter mittags 1 Uhr an und arbeitete bis nächsten Tag früh 1/2 Uhr, um nach siebenstündiger Lohnarbeit wieder von mittags 1 bis abends 10 Uhr fest drauf los zu schuftsen. Das bei einer solchen Arbeitsmethode der Körper, besonders eines jugendlichen Arbeiters, direkt zu Grunde gerichtet wird, ist selbstverständlich. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ konnte klarlich von einem Steiger Achtmann, welcher nebenbei Vorsteher des Ober-Hornsdorfer reichstreuen Werkes ist, berichten, daß er seine ihm unterstellten Arbeiter nur mit dem Rosenamen, Gretchen, Gretl verführte. Ganz ist dies, obgleich die Gedinge eine ganz ehrliche und ehrliche Arbeit sind, da man hätte fürchten müssen, eine solche Kündigung würde vor der geschäftigen Situation als eine Beleidigung sämtlicher deutschen Arbeiter, ja auch des deutschen Volkes, angesehen werden. Als die jährende Meute für einen Augenblick still war, riefen die Arbeiter wieder: „Lassen Sie doch, die Pumpen werden ja für den Spektakel bezahlt, die sind geschickt worden.“

Schreiber dieses hat ein großes Stück unseres Teiles gesehen, auch schon Lär in angehört, der das Komplett in Geohr brachte, aber einen solchen wahren Höllenpektakel noch nicht. Auf einmal stimmten die Arbeiter die „Macht am Rhein“ an und ich habe mich ehrlich gefreut, daß kein Spuck aus fürstlichen Hause dieses Wirkleins gehabt hat, da man hätte fürchten müssen, eine solche Kündigung würde vor der geschäftigen Situation als eine Beleidigung sämtlicher deutschen Arbeiter, ja auch des deutschen Volkes, angesehen werden. Als die jährende Meute für einen Augenblick still war, riefen die Arbeiter wieder: „Das ist noch nichts, gleich singen sie die Marschallate (französische Nationalhymne), die haben sie auch bezahlt gekriegt!“ Richtig! Nachdem sich die Gesellschaft nochmals im Pfeifen, Blasen, Klatschen und Fußtrampeln betätigter hatte, wurde das Frangospiel herabgestellt. Unterhalb Stunden hat dieses Schauspiel einen bedauerlichen Eindruck aufgerufen, gräßliche Verstümmelungen und in schrecklichen Brüchen gebaut, ba wurde es den ruhig basierenden Arbeitern voll, die Gedibel sich, einem Sekretär des Grubendirektors Weber wurden einige Pfeife appliziert, sobald sein Zwicker auf der Nase sich hoch aufbäumte. Im Nu waren die Arbeiter mit Pfeifeldeln und Selterswasserflaschen auf den Bänken. Die Gesellschaft wurde dann etwas ruhiger. Effert und Karlus beschworen die Arbeiter mit Gesten, stimmen, sich doch ruhig zu verhalten und an den Tischen sich nicht zu versetzen. Die Massen beruhigte sich auch, die Versammlung war mittlerweise geschlossen worden. Zeichnend für die Gedie ist, daß der Direktor Weber selbst zwischen den Völksliedern und dem Spektakel sah und kräftig mitgesungen hat. Ein Betriebsführer sprang vor die Bühne und rief: „Macht mich nur verantwortlich, ich heiße...“ die letzten Worte wurden mir von einigen Arbeitern durch die Worte übertragen: „Du L... wir ist auch da für bezahlt!“ Noch mehr als über den Tisch stand der Beamten, die das Höllenkonzert veranstalteten, habe ich mich über die äußerst besondere Haltung der Arbeiter gewundert. Gedibel soll offen und gern betont werden, nicht alle anwesenden Beamten der Firma de Wendel haben sich an dem verächtlichen Treiben beteiligt. — Aus den übrigen Werken in und bei Neukirchen waren ebenfalls eine Anzahl Beamten anwesend, die sich aber musterhaft benahmen. Einige derselben erklärt nachher, für sie sei das nichs neues. Von einem Teile der de Wendel'schen Beamten könnte man nichts anderes erwarten. Auf dem Nachhausbewegte traf ich noch einen Herrn aus Niedersachsen, der mir sagte: „So etwas haben Sie wohl noch nicht erlebt?“ Ich bemerkte: „Noch nie!“ Er sagte: „Dann müssen Sie zur Reichstagswahl einmal hierher kommen.“ Na, ich danke für solches Obst!“ war meine Erwiderung. Der Lärne hatte Hunderte von Personen trotz des Regens auf der Straße angelockt, aber weder Polizei noch Gendarmerie war zu sehen. Als ich härter mehr Worte ausdrückte, wurde mir aus der Menschenmasse angerufen: „Wo Wendelsche Beamte spektakeln, ist keine Polizei zu haben, aber auch nicht nötig.“ Die Arbeiterschaft ist zu bedauern, die solchen Beamtencharakteren überantwortet ist.

Was wurde der „Vergknappe“ wohl jetzt zahlt, wenn er seinen Artikel „Sozialdemokratische Bildung“ und „Erziehungschristen“ wieder unware machen könnte? Mit Rohrdrillen der Beamten der Firma de Wendel, der Firma selbst und mit Drohungen und Beschimpfungen gegen die Freigewerkschaftler, fühlten christliche Gewerkschaftsbeamte und der leidige „Vergknappe“ sich bei der Firma anzu-

binden, inzwischen ernteten sie Führer in einer Versammlung, wie sie unter freiem Himmel zu sein scheinen. Vielleicht, daß der „Vergknappe“ jetzt einsetzt, wie er hereingefallen ist mit seiner Kriegerei. Ich was, so was kriegt einen Führer nach dem andern und lebt in widerlicher Weise doch den Spiegel auf, der aus zentralistisch-christlichen Munde ausgezackt wird. Wenn möglichst dabei röch für die christlichen Gewerkschaften etwas herausprägen.

Eine „Berichtigung“ Franz Behrens.

Franz Behrens, dem wir vor kurzem mehrere Artikel widmeten, hat uns eine sog. Berichtigung zugeschickt, der wir gern Raum geben.

Franz Behrens (Essen-Ruhr), den 10. September 1909. Mitglied des Reichstages.

An die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“ Bochum.

Sehr geehrte Redaktion! Von einer Reise zurückgekehrt, finde ich hier die beiden letzten Nummern (36 und 37) Ihres Organs vor, worin Sie sich wieder in recht liebenswürdiger Weise mit meiner bescheidenen Person beschäftigen. Es sind Ihnen in den verschiedenen Artikeln nun eine Reihe Äußerungen unterlaufen, die ich mir nachstehend richtigzustellen gestatte, in der Hoffnung

im ganzen Lande hätte man sich getrost sparen können. Oder wollte sich der „A. M.“ bei den Industrieleuten in empfehlende Erinnerung bringen? Waren doch Begebenheiten auf dem erwähnten Fest anwesend, das besagt genug. Dann soll nach dem Artikelschreiber die sozialdemokratische Verbreitungsfähigkeit so langsam gearbeitet haben, daß sie 4—5 Wochen Zeit bedurfte, ehe sie den „Verleumdungsfeldzug“ gegen den „unschuldigen Gewerksverein“ beginnen konnte. Wirklich großartig! Sind die „Genossen“ doch für schlechte Kerle, fünf lange Wochen beobachten sie ein „Gehämmnis“, womit sie dann den Gewerksverein mit einem Schlag glauben vernichten zu können. Ich nein, Bergknappen-schreiber, wir haben es nicht nötig Klaupläne auszuhedden, dieses wollen wir lieber anderen Leuten überlassen. Feststellen wollen wir aber hiermit, daß Kamerad Guest vom 9.—20. Juli verlaubt war, das Fest aber nach Angabe des Bergknappen, am 11. Juli stattfand. Wütthin konnte f. am 18. August den „Bachepa“ noch keine fünf Wochen mit sich herumgetragen haben. Mein verehrter „Bergknappen-Reporter“, die Verbändler verschämt es, mit Verleumdungen gegen ihre Mitmenschen zu kämpfen. Das überlassen wir gewissen Agitatoren des christlichen Gewerksvereins von Altenbögum. Wie diefelben die Ehre anders endender herunter zu sezen verstehen, haben sie bei den verschiedenen Wahlen, die in den letzten Jahren stattgefunden haben, bewiesen. Dann soll Kamerad Guest noch die „große Sünde“ begangen haben, daß er seinen Anzug der Knappschäftsmitglieder nicht bekannt gegeben hat. Ein Kapitalverbrechen, welches f. da begangen haben soll. Über genau, lieber Freund vom Bergknappen!, ist mir nicht bekannt, daß f. seine Wohnung nur innerhalb des Hauses, in welchem er wohnt, gewechselt hat? Von einem Umzug, der einer Bekanntmachung bedürfte, kann doch hier wohl keine Rede sein. Dann droht man am Schluss des Geschreibs im „Bergknappen“ uns noch Fragen zu stellen, die wir nicht gern gestellt haben wollten. Nur heraus mit der Sprache, ihr Gewerkschaftsagitatoren von Altenbögum, wir werden euch die Antwort nicht schuldig bleiben. Wir vertreten uns nicht vor euch ins Maulschloch. Es wird Euch nicht gelingen, die Kameradschaft am Orte gegen den Kameraden Guest aufzutreten, dafür hat derselbe die Interessen der Knappschäftsmitglieder, ohne Unterschied der Partei oder Konfessionsangehörigkeit, nach besten Kräften stets vertreten, was er auch für die Zukunft tun wird. Ganz unbestimmt der Maßnahmenarbeit einiger „Gewerkschaftsstrategen“ am Orte.

Königreich Sachsen.

Die Bergarbeiterkonferenz im Leipziger Braunkohlenrevier.

Um 12. September tagte im Volkshaus in Leipzig eine Konferenz der Bergarbeiter des Leipziger Braunkohlenreviers. Die Konferenz beschäftigte sich hauptsächlich mit der Einführung des neuen Verbandsstatuts, welches am 1. Januar 1910 in Kraft tritt. Der Verbandssekretär, Kamerad Hausemann-Wöckum, erläuterte den Vertrauensleuten die neuen Bestimmungen, besonders die Staffelbeiträge und die hierauf notwendig folgenden gestaffelten Unterstützungen. Da im deutschen Bergbau die Löhnung so verschlechtertartige Natur sind, verlangte es die Gerechtigkeit, daß der Verband dazu übergehe, Staffelbeiträge einzuführen. Es sind drei Klassen vorgesehen. Klasse a 80 Pf. für die Mitglieder, welche 3 Mt. arbeiten. Alle übrigen Mitglieder kommen in Klasse b 40 Pf., und Klasse c 50 Pf. Dieser 50-Pf.-Beitrag ist jedoch nicht obligatorisch, sondern diese Klasse ist für diejenigen Kameraden eingeführt, welche freiwillig diesen Beitrag zahlen wollen. Infolge der Staffelbeiträge sind bei sämtlichen Unterstützungsleistungen ebenfalls Staffelungen eingeführt. Neuerungen im Statut sind insoweit noch vorgesehen, daß Arbeitslose und Gewahrsame, welche die volle statutarische Unterstützung bezogen haben, auf ihren Antrag für die fernere Dauer der Arbeitslosigkeit von der Beitragspflicht befreit werden, um sich dadurch die erworbenen Rechte zu erhalten. Ferner können Gewahrsame, welche ausgesteuert sind (acht Wochen lang), falls sie über die Zeit noch arbeitslos sind, die Arbeitslosenunterstützung beziehen. Die Arbeitslosenunterstützung beginnt mit Beginn der zweiten Woche der Erwerbslosigkeit und wird acht Wochen lang gezahlt. Die Anträge an die Generalversammlung, die Notunterstützung noch weiter auszubauen, mußte die Generalversammlung ablehnen, soll der Verband nicht zur reinen Unterstützungsstift werden. Wir als Bergarbeiter brauchen eine starke Kampforganisation dem gewaltigen Grubenkapital gegenüber, und da könnten wir nicht sämtliche Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen für solche Zwecke ausgeben. Uebrigens ist es ja Notunterstützung und kann man bei 14-tägiger Krankheit nicht schon von Not reden. Allerdings gibt es Fälle, wo es in dieser Zeit schon traurig aussieht. Die Vertreter in den Krankenkassen mögen ihr Augenmerk immer darauf richten, daß die Grubenbesitzer ihre Arbeiter in der den Arbeitern zustehenden Klasse versichern. Auf dem Karlschacht in Worna wurde in dieser Hinsicht immer geklagt. Es gibt aber noch mehr solcher Werke, welche an Versicherungsbeiträgen sparen, und der Arbeiter hat dann bei Eintreten von Krankheit und Invalidität den Schaden. Eine wesentliche Aenderung hat die Sterbegeldunterstützung erfahren. Das Sterbegeld steigt bei 7-jähriger Mitgliedschaft von 20 Mt. in sieben Jahren auf 70 Mt. in Klasse a, von 30 Mt. auf 80 Mt. in Klasse b, von 40 Mt. auf 90 Mt. in Klasse c. Durch diese Neuerung ist man den alten langjährigen Mitgliedern entgegengekommen. Die weiteren Neuerungen im Statut sind nur technischer Art. Der Referent schloß seinen Vortrag mit einem Appell an die Kameraden, innermündlich für den Verband tätig zu sein. Der Verband habe große Aufgaben zu lösen, stärken wir daher gemeinsam die Organisation. Es wurde beschlossen, gleich nach Beendigung der Landtagssitzungen in sämtlichen Zahlstellen des Bezirks eine gründliche Hausaktion vorzunehmen. Das Resultat derselben wird der nächsten Konferenz unterbreitet. Unter Verbandsangelegenheiten erstellte der Bezirksleiter, Kamerad Wolf-Vorna, nach einige Antrittsrichtungen, damit die Verwaltungsgeschäfte sich leichter abwickeln. Am Schlusse wurden noch die Wahlen für zwei Bezirkskommissionsmitglieder vorgenommen. Gewählt wurden die Kameraden Riedel-Zwenkau und Osthaz-Breunsdorf. Die Diskussion zeigte, daß es vorwärts geht.

Oberbergamtbezirk Breslau.

Nieder-Hermisdorf. Obwohl im hiesigen Revier schon fünf Bergarbeiterorganisationen einander gegenüberstehen, so scheint das, wie die am 29. August getätigten Knappschäftsleute-Ersatzwahl bewies, manchen Leuten immer noch zu wenig Berücksichtigung zu sein. Hatten sich früher bei ähnlichen Wahlen die Reichstreuen besonders bemüht, ihre Schäflein, meistens in Gestalt von Grubenbeamten, durchzubringen, so waren sie diesmal garnicht hervorgetreten. Statt dessen war der von Arbeitern gegründete Spar- und Bauverein auf den Plan getreten und hatte den Hauer Heinrich Hausdorf als Verteilern und den Hauer Amand Bierhardt als Erzähler präsentiert. Leider lassen sich Wahltümpler nicht ohne Geld führen, welcher Umstand diese Bauvereinsstrategen in nicht geringe Verlegenheit brachte, umso mehr, als die Drahtzieher, die das Ding eingeföhrt hatten, jedenfalls kein Geld herauszutragen wollten. Doch an dieser Schwierigkeit sollte das Berücksichtigungswerk nicht scheitern. Kurz entschlossen wurden Leute in die Wohnungen geschnitten, angeblich für Belebung von Papier. Selbstverständlich hatten die Leute die Mandate schon im Sack, glaubten sie doch, daß sie sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit als Auch-Arbeiter gebärden, die Stimmen der organisierten Tumpels und da sie nebenbei den Reichstreuen gleichen wie ein Ei dem anderen, und deshalb wohl auch die Grubendienstleitung auf die Austrichtung von Kandidaten verzichtet hätte, es au nichts fehlen könnte. Doch mit des Geschildeten Wirkens ist kein ewiger Bund zu schließen. War ihnen die Fechterei schon schlecht genug bekommen, so fielen sie bei der Wahl erst gründlich rein, indem von 293 gültigen Stimmen die Verbandskandidaten 190, die Herren Auch-Arbeiter Hausdorf und Bierhardt ganze 98 bzw. 98 Stimmen erhielten. Selbstverständlich löste dieses Resultat bei den organisierten Arbeitern die größte Genugtuung, dagegen bei den blamierten Europäern lange Geißeln aus. Hauptsächlich hinterläßt dieses Wahlausultat bei den Bauvereinsinhabern die heilsame Lehre, daß zur Vertretung der Arbeiter in den sozialen Einrichtungen nur der Bergarbeiterverband zuständig ist. Sollten diejenigen naiven Leuten nach weiteren ähnlichen Siegen geführt, können wir heute schon versichern, daß sie dann noch schärfer die Nügel beschritten bekommen werden!

Süddeutschland und Reichslande.

Aus dem oberbayerischen Bergwerksrevier. Recht bezeichnend ist das Treiben der hiesigen christlich-gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter. Verschwindend klein an Zahl, treten sie desto gehässigeren Auseinandersetzen auf und schämen sich nicht, ab dem gewagtesten Verächtigungen zu greifen. Einen solchen Fall, wo deren Ueberher sich selbst in der eigenen Schlinge gefangen haben, ist weit, öffentlich gebräuchlich zu werden. Seit der letzten Knappschäftswoche, wo die führenden Geister dieser christlichen Kohorte die Wahlenthaltung proklamierten, ist es ständige Minierarbeit, die sie treiben, sei es gegen die Tüchtigkeit der Altesten, oder sei es gegen den von den Christen

so verhaften Krankenhausmeister G. in Hausham. In letzter Zeit glaubte man nun, ein ganz schlechtes Stück entdeckt zu haben und das veranlaßte den christlichen Bezirksleiter Hinterseer einen Artikel zu schreiben. Er behauptet und verbündet aufgesetzte, die meinten sie den Sachen entsprächen, unbedingt das Gericht beschäftigen würden. Aber nicht bloß die Altesten und Vorstandsmitglieder der Arbeiter, auch die Vertreter der Oberbayerischen Aktiengesellschaft wären heillos blamiert, wenn die Behauptungen dieser christlichen Arbeitersekretärs richtig wären. Hinterseer behauptet nämlich nicht mehr und nicht weniger, daß es die Spuren auf den Dächern peilen, daß die Arbeit der Altesten ein „Geschäft“ sei. Nebenfalls ist hier Besprechung gemeint von einer Seite mühte bestochten, von anderer Besprechung angenommen werden. In einer Belegschaftsversammlung in Penzberg nahmen die Altesten Stellung zu diesen Anwürfen und es führte der Kamerad Himmelstöt aus, daß dieser Artikelschreiber ein gemeiner Verleumder sei, der bis heute den Beweis für seine Behauptungen noch schuldig wäre. Daraus drohte der Wahrheitsfreund Hinterseer, der die Behauptungen in Nr. 31 des „Bergknappen“ schrieb, mit Klage, weil „christlicher Führer“ beleidigt worden seien. Mit einer solchen Portion Freiheit kann man sich schon sehen lassen. Wie kennen die Gewährsmänner des Herrn Hinterseer, der geschäftsmäßige Vertrauensmann W., der mit allerlei Kranken- und Versicherungsgeschäften die Bergleute in Hausham begnügt, um sie hernach schön hinzufallen zu lassen und den Fanatiker, der in einer Konferenz in Rosenheim den christlichen Sekretär scharf gemacht hat. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung in Moosbach verurteilte sogar der christliche Vertrauensmann Siegl diese uneheliche Kampfweise, indem er ausführte, er hätte ebenfalls in der dortigen Konferenz Kenntnis erhalten von dem „Schmaran“, demselben aber keine Bedeutung beigelegt. Was die Herren von der Arbeitgeberseite, die im Knappschäftscausse sitzen, dagegen tun, ist uns völlig gleichgültig, was aber die Altesten tun werden, werden diese schon sehen. Wenn mit solchen Mitteln gearbeitet wird, dann ist der Zustand so ziemlich erreicht, auf der anderen Seite aber auch der Beweis der christlichen Durchsetzung wieder erbracht. Kreift man dann so einen Menschen heraus, dann erhält ein Gezettel, da will keiner ein Büßerschein getischt haben. Wir wollen den Kameraden zeigen, wie diese Leute mit der Ehre ihrer Mitmenschen umspringen, ohne auch nur den Schatten von Unrechtmäßigkeit nachzuweisen zu können. Daher auch das Resultat, daß immer mehr von diesen Leuten abrücken, und uns sich zuwenden.

Letzte Nachrichten.

Auf Schacht Schlägel und Eisen III/IV ereignete sich in der Nacht von Sonntag auf Montag eine Schlagwetterexplosion. Drei Personen, eine schwer, zwei weniger schwer verletzt, fielen der Explosion zum Opfer.

Zwei Protestversammlungen

die äußerst stark besucht waren, nahmen im Lügan-Döbelner Bezirk Stellung gegen das neue sächsische Knappschäftsstatut. Auch Beamte erklärt sich mit dem Protest einverstanden.

Literarische Eingänge.

Die Rechtsprechung in Unfallrentenstreitsachen. Von Hermann Müller, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis ab 3 Mt. Genossen Arbeitersekretär Reichstagabgeordneter Robert Schmidt veröffentlicht im „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ folgende Besprechung: „Allen, die mit der Unfallversicherung zu tun haben, besonders unseren Gewerkschaftsangestellten und Arbeitersekretären, wird das Buch sehr gute Dienste leisten. Der Verfasser hat, übersichtlich geordnet, die wichtigsten Entscheidungen des Reichsgerichts aus den Amtlichen Nachrichten, den Zeitschriften der Berufsgegenschaften und dem Material, das ihm als Sekretär im Centralarbeitersekretariat zur Verfügung stand, kurz in Auszug unter Quellenangabe wiedergegeben. Ein sehr detailliertes Sachregister erleichtert die Rüfung einer besonderen Entscheidung aus dem reichen Material, das hier zusammengetragen ist. Derjenige, dem die Amtlichen Nachrichten nicht zur Verfügung stehen, wird gern bei Begründung von Ansprüchen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze auf das hier gebotene Material zurückgreifen und viel Zeit und Mühe sparen. Die Amtlichen Nachrichten sind mittlerweile so umfangreich geworden, enthalten auch eine Unzahl längst überholter Entscheidungen, daß die Nachforschung nach einer prinzipsiellen Entscheidung in einer streitigen Frage mit einigen Schwierigkeiten verknüpft ist. Hier gibt das Buch von Hermann Müller eine schnelle und sichere Ausleitung, und es dürfte sich wohl bald in den Büros der Gewerkschaften, Kassenstätten und Arbeitersekretariaten einführen.“

Von der Kommunalen Praxis ist soeben ein 88 Seiten starkes Heft erschienen, das sicher bei allen Kommunalpolitikern großen Beifall finden wird. Besonders interessieren wird eine genaue Tabelle aller deutschen Städte und Gemeinden, in denen die Wertzuflüsse bereits eingeführt ist, versehen mit den Angaben über die Höhe der zu erhebenden Säge und allen weiteren wichtigen Fragen. Ebenso wird eine Aussstellung über die Steuern, die die Gemeinden und Städte überhaupt einführen dürfen, größtem Interesse begegnen. Berücksichtigung fanden hierbei alle Bundesstaaten. Der Einzelpreis dieser Nummer beträgt 80 Pf. Bestellungen auf die Kommunale Praxis zum Preise von 3 Mt. pro Quartal nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Spediteure entgegen. Probennummern gratis vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

In Freien Stunden. Von dieser Romanbibliothek zur Bekämpfung der Schindliteratur liegen uns die Hefte 35 und 36 vor. Der Roman Stefan vom Gildehof von Minna Kaufsky wird fortgelebt. Das Interesse für den Roman ist noch ständig im Steigen begriffen. Wöchentlich erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf. Probennummern gratis vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Briefkasten.

Auswanderer. In England wie in Schottland lastet die Krise ganz gewaltig auf dem Bergbau. In Schottland werden z. B. nur drei bis vier Schichten in der Woche verfahren. Daß da an eine Abwanderung nach solchen Revieren nicht zu denken ist, sollte selbstverständlich sein. Wer absolut nach Schottland reisen will, nehme sich soviel Geld mit, daß er gleich wieder zurückreisen kann. Schlimmer noch steht es mit Canada. Auch nach dort wollen Kameraden vereisen. Agenten werben wenigstens Leute nach Canada an. Versprochen werden zwei Dollar 50 Cent, verdient wird ein Dollar 40 Cent. Im Übrigen befinden sich die Bergarbeiter der Dominion Coal Company seit zwei Monaten im Streit und wird derselbe sich noch auf Monate hinauszögern. Deutsche Bergarbeiter sollen Streikbrecher spielen. Wie hoffen, daß diese Zeiten genügen werden, um unsere Kameraden gewarnt zu haben. Wer nicht bessere Zeiten abwarten kann, sondern während der Krise abwandert, fällt gründlich hinein, wo er auch hinkommt. — **Weitere Kameraden.** Die Triolengeschichte Schicksal geht uns zunächst noch nichts an. — **G. Z. Recklinghausen-Süd.** Wenn die „Morgenpost“ aus 10 Minuten eine halbe Stunde Redezzeit macht, so kann ich das nicht ändern. Die Belegzeit ist mit der Zentrumspresse innig verwachsen. Das sollte Du doch wissen. Eine Berichtigung an das Organ zu senden lehne ich ab. F. P.

Verbandsnachrichten.

Arbeitslosenzählung.

In die am Schlusse dieses Monats wieder stattfindende Arbeitslosenzählung seien unsere Ortsverwaltungen hiermit erinnert. Letztere werden erüthern, die Arbeitslosenzählungen rechtzeitig, d. h. bis zum 4. Oktober an ihre Bezirksleiter einzuführen, damit diese in der Lage sind, die Resultate der Zählung aus ihrem Bezirk zusammenzustellen und uns bis spätestens am 10. Oktober einzufinden. In der jüngsten Zeit der Krise ist die Arbeitslosenzählung, besonders auch für unseren Beruf, sehr wichtig. Wir ersuchen daher, die Karten richtig auszufüllen, besonders die Rubriken a, b und c zu beachten.

An unsere Ortsverwaltungen.

Es kommt jetzt wieder die Zeit, wo die Reservisten vom Militär entlassen werden und zur Berufssarbeit zurückkehren. Unsere Verwaltungsmitglieder der Zahlstellen, Zeitungsbüro usw. haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß diejenigen, welche bereits vor ihrem Abgang zum Militär Mitglieder des Verbandes waren, aufgesucht werden, damit die Mitgliedschaft, die während der Militärdienstzeit der betreffenden ruhte, durch Weiterzählung der Monate neuwertig wird. Diejenigen Reservisten, welche innerhalb zweier Monate nach ihrer Rückkehr

Weltkrieg weiter zählten, treten ohne weiteres in die Rechte, welche sie vor ihrer Militärdienstzeit erworben, wieder ein.

Aber auch diejenigen Reservisten, welche vor ihrer Militärdienst noch nicht Mitglieder des Verbandes waren, müssen aufgesucht und möglichst dem Verband zugestellt werden. Die Kriegervereine geben sich alle Mühe, die zurückkehrenden Reservisten einzuladen. Es gibt daher Kameraden, die vorzukommen und den vom Militär entlassenen Kameraden begierlich zu machen, daß ihre Interessen nicht in Kriegervereinen, sondern nur im Verband gewahrt bleibent. Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß der Kriegerverein, welche sich innerhalb Monatsfrist nach ihrer Rückkehr zur Aufnahme melden ohne Eintrittsgeld aufgenommen werden.

Diesen Mitglieder, welche zum Militär einberufen werden, ersuchen wir, ihre Weltkrieg bis zum Zeitpunkt ihres Eintritts zu bezahlen und sich beim Vertragsmann abzumelden, damit die Abmeldung im Mitgliedsbuch bestmöglich wird. Wer sein Mitgliedsbuch während seiner Dienstzeit dem Vorstande zur Aufbewahrung übergeben will, sende es an uns ein. Besonders seien die Kameraden aber auf folgendes aufmerksam gemacht:

In der Regel verrichten die zum Militär einberufenen Kameraden während der letzten Tage vor ihrem Eintritt beim Militär keine bergmännische Arbeit mehr, besonders wenn der Termin des Eintritts mehrere Tage nach dem ersten des Monats liegt. Dadurch können solche Kameraden aber sehr leicht ihre Knappschäftsrecht verlieren. Militärische Dienstleistungen gelten als Unterbrechung der Berufsausbildung, ist die Bergarbeit aber eine Woche vor dem Eintritt zum Militär aufgegeben worden, dann nimmt die Verwaltung des Allg. Knappschäftsvereins zu Bodum eine solche an und die Betreffenden werden als Mitglied gelöscht. Die meisten werden ihre erworbenen Rechte durch Zahlung der Anerkennungsgebühr auch nicht aufrecht erhalten können, da sie der Pensionsklasse noch nicht fünf Jahre als Mitglied angehört haben. Es ist also in dieser Beziehung Vorsicht geboten. Wer die erworbenen Rechte durch Zahlung der Anerkennungsgebühr nicht aufrecht erhalten kann, soze die Berufsausbildung bis zum Eintritt zum Militär fort.

Achtung!

Das Arbeitersekretariat in Oberhausen, Marktstr. 5. ist jeden Dienstag bis auf weiteres geschlossen. Weiter werden die Interessen geliebt, auch das Mittwochs vorläufig nur in ganz dringenden Fällen das Sekretariat aufzusuchen, weil der Sekretär wegen anderweitiger Vertretung nicht anwesend sein kann. Um unnötige Laufereien zu ersparen, wird um ges. Beachtung des obigen gebeten. Wilhelm Arnswald.

Bezirk Hannover-Delster-Schaumburg-Lippe.

Wegen Teilnahme an der Parteischule ist der Kamerad Görtner vom 1. Oktober bis 1. April nicht im Bezirk anwesend.

Alle Rechtschulzächen werden daher ab 1. Oktober vom Kameraden Wendt erledigt, ebenso nimmt dieser die Sprechzeiten in Stadtgarten und Oberkirchen wahr und sind Schreiben, Antragen usw. dieserzeit ab 1. Oktober an: Wilhelm Wendt in Hildesheim, Waterloost. 81, zu richten.

Alle sonstigen Anfragen, Mitteilungen und Wünsche den Verband betreffend, sind ab 1. Oktober an: August Meddigau in Linden-Hannover, Elisenstr. 30, zu richten.

Die Bezirksleitung: J. A. M. Görtner.

Achtung Bezirk Braunschweig.

Das Bezirksbüro befindet sich vom 1. Oktober 1909 ab in Schüningen, Wilhelmstraße Nr. 8.

Mündlicher Rechtschulz in Knappschäfts-, Juvaliden- und Unfallzächen sowie Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis wird jeden Montag, Mittwoch und Freitag von vormittags 8—12 Uhr erledigt. Schriftlicher Rechtschulz wird jederzeit erledigt.

Vom 1. bis 4. Oktober ist das Bureau wegen Umzug geschlossen.

Der Bezirksleiter.

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Kameraden unnötige Wege erspart bleiben:

Hückarde. Vom 1. bis 15. Oktober.

Holzwedde. Vom 15. bis Ende September.

Overaden. Vom 20. September bis 10. Oktober.</

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Marienfelde. Jeden Sonntag nach dem Balding, nachmittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Bock in Marienfelde; Sitzung der Bergarbeiter.
Hausdorf-Schwarzwald. Jeden Donnerstag nach dem 15. des Monats, abends 8½ Uhr, und jeden zweiten Sonntag nach dem 15. nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftsstätte.

Gleisfeld. Jeden ersten Mittwoch im Monat; Steuertag.

Unterweselbach. Jeden letzten Samstag im Monat, nachmittags 4½ Uhr, im Gaffhof "Zum Hirsch".

Jeden Sonntag nach dem 20. des Monats:

Gießenbach. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Adam.

Hövelberg a. M. Vormittags 9½ Uhr. Wo? sagt der Vortr.

Heidkamp. Nachmittags 8 Uhr, im Gaffhof zu Heidkamp.

Höflich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale der Frau Fischer.

Hövelbach. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Krause, "Zur Stadt Acrefels".

Hördenbach. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fröhle in Hörlbrink.

Hausberg. Nachmittags 8 Uhr, im Restaurant "Glückauf".

Hessinghausen-Süd. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Volke.

Hausberg. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Alpso.

Jeden Sonntag nach dem 25. des Monats:

Hauerbach. Abends 7 Uhr, im Gaffhof des Herrn Wenzel in Hauerbach.

Heddesbach. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wenzel.

Hedderbach. Abends 7 Uhr, Restaurant "Amselfalz".

Hövel. Nachmittags 8 Uhr, im Gaffhof "Zum schwarzen Vogt".

Hedderbach. Abends 7 Uhr, im Restaurant des Schiedmeyer Konsumvereins.

Jeden vierten Sonntag im Monat:

Höllenburg. Nachmittags 4 Uhr, im "Goldenen Engel".

Höllenberg. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Weißels.

Hummendorf. Nach. 8 Uhr, im "Burghof Löwen" in Burg bei Hammendorf-Habewell.

Hönen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Riedel.

Hövelinghausen. Nach. 4 Uhr, wo? wird mit Stempel auf der Zeitung vermerkt.

Hausbauer. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Bieler.

Hausdorf. Nachmittags 8 Uhr, im Gaffhof "Zur Obsthölle".

Haushausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ulrich Schmidhorst.

Hindhausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gerh. Hüller.

Henne. Nachmittags 4½ Uhr, im Lokale des Herrn Bomm.

Höven. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Baumann in Höven.

Hövel. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Müllert.

Hövelde. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Neiders, Hövelde.

Hönen. Nachmittags 8 Uhr, im Gaffhof "Zum weißen Hirsch".

Höngendecker I. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Spredt.

I. Bericht der Ketteler Döck und Stephan. 2. Verschöner.

Hövel. Nachmittags 8 Uhr, im Gaffhof "Zum goldenen Panzer".

Hövelhorst. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Seiter.

Weisenberg-Hetten. Nachmittags 4 Uhr, (Vorlesung abgelehnt.)
Hochdorf. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn A. Winter.
Rüttenscheid. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn A. Maas, Rüttenscheiderstraße.
Schaarhorst. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Domken, Wiedenhof.
Stein bei Witten. Nachmittags 8 Uhr, im Restaurant des Herrn Medel.
Sterkrade I. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Heinr. Willing.
Wünzen a. d. Rur. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus Bremer, Schwaben.

Jeden letzten Sonntag im Monat:

Nächen. Vormittags 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Schmid, Promenadestraße 20.

Witzelsg. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wilm (Brauerel).

Geestorf. Nachmittags 8 Uhr, Wo? sagt der Vortr.

Berge-Borbeck. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Baumann, Hochstr. 47.

Bergen. Nachmittags 11 Uhr, an bekannter Stelle.

Bergkamen-Mülheimk. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Hassberg, Mülheimk.

Bergkamen. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wilhelm Göbel.

Bittermark. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Heinr. Helmz. Stell. zur Stelle.

Bodelschwingh. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn H. Merken.

Breckerfeld. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Janzen.

Breitenbach. Nachmittags 8 Uhr, im Gaffhof in Breitenbach.

Brüggen. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Weidenbrok in Brüggen.

Büdinghausen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale der Witwe Steinbühler.

Büdinghausen. Vormittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Spieß.

Büderich. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Offenberg.

Büderich. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Hubfeld.

Büderich. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Theodor in Büderich.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Gaffhof "Zur Wartburg".

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn E. Kreil, Durchholz.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Gottl. Vollmer.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Engemann.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Souner.

Büderich. Nachmittags 2 Uhr, Wo? sagt der Vortr.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im "Brauerlößnitz".

Büderich. Nachmittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller.</